

07.06



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Finnische Ratspräsidentschaft: Ziele und Schwerpunkte**  
**Energieeffizienz: Richtlinien bleiben Papier**  
**Biodiversitätsziel: Rettender Aktionsplan?**  
**Meere, Lobbyismus: Grünbücher enttäuschen**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 15 (2006), Heft 07  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

**DNR Geschäftsstelle Berlin/  
EU-Koordination und Internationales**  
Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin  
Juliane Grüning (jg), Bjela Vossen (bv),  
Thomas Frischmuth (tf), Marion Busch  
(mbu), Tinka Lutz (tl), Christina Drees  
(cd), Matthias Bauer (mb), Meike Fink  
(mf), Mathias Rösch (mr), Eva Zinecker  
(ez)  
Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80  
eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind willkommen. Die Redaktion muss sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Redaktionsschluss ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Alle Zeichen auf Europa - in eigener Sache

### Liebe Leserinnen und Leser,

am ersten Juli wechselt der Vorsitz über die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union an die finnische Regierung. Dann gehen noch sechs Monate intensiver Vorbereitungen ins Land, bevor am 1. Januar 2007 Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird - und gleichzeitig auch noch den Vorsitz über die G8-Verhandlungen der mächtigsten Industriestaaten.

Die EU-Ratspräsidentschaft wird in Zukunft fast so selten sein wie eine absolute Sonnenfinsternis. Frühestens 2021 ist Deutschland das nächste Mal an der Reihe in der erweiterten EU mit mindestens 27 Mitgliedern. Grund genug für uns, eine neue Rubrik „EU-Präsidentschaft und G8-Vorsitz“ einzurichten. In diesem Heft starten wir gleich mit einem Blick über den Tellerrand zu unserem Nord-Süd-politischen Pendant, dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO).

Der Deutsche Naturschutzring hat für die nächsten Monate die EU ganz groß auf seine Fahnen geschrieben. Und die EU-Koordination wird das ihr Mögliche und Unmögliche tun, um Sie über die neuesten Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten, damit die Verbände gut vorbereitet sind, wenn wir am 1. Januar in die heiße Phase kommen. Mit unseren Informationen, Sonderheften und Broschüren sowie der Koordinationstätigkeit verschaffen wir Ihnen mehr Durchblick im EU-Dschungel. Verbändetreffen mit Behörden und Ministerien werden organisiert, regelmäßig trifft sich auch unser EU-Strategiebeirat zur Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Eine europäische Konferenz der Nichtregierungsorganisationen ist für den 18. und 19. Oktober in Berlin zu den Themen Energie(effizienz), Klimaschutz und Biodiversität geplant - mit Unterstützung des Umweltministeriums.

1999, als Deutschland das letzte Mal die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, zogen der DNR und das Europäische Umweltbüro in Brüssel eine gemischte Bilanz. Das BMU habe „Achtungserfolge erzielt, das Bundeskanzleramt dafür einige EU- und umweltpolitische Peinlichkeiten produziert“, war im EU-Rundschreiben vom Juli 1999 zu lesen. „Umweltpolitische Prinzi-

pien wie Verursacherhaftung, Vorsorge und hohe Schutzstandards wurden missachtet“, hieß es weiter. Vom Bundesumweltministerium habe man sich mehr erhofft, auch wenn es einige Erfolge in wichtigen Teilbereichen gegeben habe.

Damals hatten wir eine frisch gestartete rot-grüne Regierung. Es bleibt abzuwarten, was sich umweltpolitisch unter der großen Koalition mit einer CDU-Kanzlerin Angela Merkel und einem SPD-Umweltminister Gabriel tut.

Politik und Verwaltung betonen gern, es gebe ohnehin wenig Spielraum für eigene Akzente, da ein Großteil der Themen schon von der EU-Kommission vorgegeben sei. Das mag während der EU-Präsidentschaft sogar zutreffen, da es hier weniger um nationale als um europäische Vermittlung geht. Allerdings ist die deutsche Handschrift in Brüssel ohnehin unverkennbar, auch wenn keine Ratspräsidentschaft ansteht. Übermäßiges Engagement und die viel beschworene Vorreiterrolle waren bisher kaum festzustellen - weder beim Setzen zukunftsfähiger Themen noch beim Einhalten europäischer Fristen und der Umsetzung europäischen Rechts. Natur- und Umweltschützer/innen können ein Lied davon singen.

Nichts ist schlimmer für die europäische Umwelt, als wenn die existierende Umweltgesetzgebung missachtet wird. Das Europäische Umweltbüro hat die deutsche und die ihr im zweiten Halbjahr folgende portugiesische Regierung aufgefordert, 2007 zum „Jahr der Durchsetzung von Umweltrecht“ zu machen. Mit der Durchsetzung von EU-Umweltrecht kann man überall und zu jeder Zeit beginnen. Zum Beispiel, indem man den Bundesländern auf die Finger klopft, wenn sie Kompetenzen im Zuge der Föderalismusreform zugesprochen bekommen, die überhaupt nicht im Sinne europäischer Umweltpolitik sind. Oder sich mit der Industrielobby anlegt. Nur dann wird die deutsche Präsidentschaft umweltpolitische Peinlichkeiten vermeiden und über Achtungserfolge hinauskommen.

Im Sinne eines friedlichen, sozialen und ökologischen Europa wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen des EU-Rundschreibens!

Für das Team der EU-Koordination,  
Juliane Grüning, DNR Berlin

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Alle Zeichen auf Europa - in eigener Sache

## 5 Global

- Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014

## 7 EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Nichtregierungsorganisationen in der europäischen Entwicklungspolitik

## 9 EU-Politik, Recht

- Finnische Ratspräsidentschaft: Ziele und Schwerpunkte
- Kritik an Impact Assessments
- Entbürokratisierungsinitiative erreicht die Arbeitsebene
- EU-Umweltgesetzgebung: Weniger Verordnungen, mehr Richtlinien
- EU verabschiedet neue Nachhaltigkeitsstrategie
- Studie zum Lobbyismus in Brüssel

## 13 Abfall, Produktpolitik

- EU-Abfallpolitik: Umdefinition von "Abfall" in "Produkte"
- Fachtagung für Bioabfall-Richtlinie
- Keine Gewinneinbußen durch Elektroschrott-Richtlinie WEEE

## 15 Agrarpolitik, Gentechnik

- Agrarsubventionen sollen transparenter verteilt werden
- BSE-Kontrollen: Grünen-Kritik
- Unabhängige Experten für EFSA gefordert
- Streit über Gentech-Grenzwert in Bioprodukten

## 17 Chemikalien, Emissionen

- Anti-REACH-Lobby: Verheugen wehrt sich gegen „Diffamierungen“
- Arktis: Chemikalien bedrohen Arten
- Feinstaub: Umweltausschuss für Kompromiss

## 19 Energie, Klima

- Mehr EU-Mittel für saubere Energien
- Energieeffizienz-Gesetzgebung: Schleppende Umsetzung
- US-Energieagentur für „Clean Coal“ und AKWs
- Kernfusion: 2007 Baubeginn für Versuchsreaktor ITER
- EU-Kommission startet Klimaschutzkampagne

## 22 Naturschutz, Biodiversität

- Neuer EU-Aktionsplan zum Erhalt der Biodiversität
- Bodenstrategie erneut verschoben
- Forstaktionsplan vorgelegt

## 24 Verkehr, Tourismus

- Liberalisierung des ÖPNV in der EU
- Weißbuch Verkehr: Warnung vor erneuter Straßenverkehrs-Förderung

## 26 Wasser, Meere

- Grünbuch Meerespolitik enttäuscht Verbände
- Parlament schwächt Grundwasserschutz ab
- Badegewässerqualität nimmt ab

## 29 Service

- Veröffentlichungen
- EU-Umwelt-Termine

## 33 Wegweiser

- EU, EEB, IUCN, UN

## Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): EU-Erweiterung und Umwelt-NGOs in Bulgarien, Rumänien und Kroatien

## Gastbeitrag Nachhaltigkeit lernen

### Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014

Wir alle wissen: Das industriegesellschaftliche Modell ist in seiner jetzigen Form nicht zukunftsfähig. Wir verbrauchen unsere natürlichen Lebensressourcen so gedankenlos, dass das Leben zukünftiger Generationen ernsthaft gefährdet ist. Dazu kommt, dass die Chancen auf ein menschenwürdiges Leben auf der Welt heute sehr ungerecht verteilt sind. Wir alle wissen dies spätestens seit der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Aber wir setzen dieses Wissen noch nicht ausreichend in unser Handeln um. Was wir deshalb benötigen, ist ein umfassender Bewusstseinswandel - durch Bildung. Dies ist der Grundgedanke der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die im letzten Jahr begonnen hat und bis 2014 andauert. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben sich auf die Weltdekade in einer Resolution vom Dezember 2002 verpflichtet und die UNESCO gebeten, die internationale Koordinierung zu übernehmen.

**Eine internationale Bildungsinitiative**  
Vorgesprochen wurde die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Als dort im Jahr 2002, also zehn Jahre nach der Rio-Konferenz, Vertreter von Regierungen und Zivilgesellschaft zusammenkamen, waren sie sich in einem zentralen Punkt einig: Wenn wir Fortschritte in Richtung einer dauerhaft lebensfähigen und gerechten Weltgesellschaft machen wollen, muss Bildung für Nachhaltigkeit eine viel stärkere Rolle spielen als bisher.

### Nachhaltigkeit integrieren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Die UN-Dekade möchte in den nächsten zehn Jahren Regierungen, Bildungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, die Privatwirtschaft und jeden Einzelnen dazu bringen, den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in alle Bereiche des Bildungswesens zu integrieren. Die Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung ist immer noch am besten in der Definition der so genannten Brundtland-Kommission getroffen: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen die

Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhält.“ Dafür müssen die drei Entwicklungsdimensionen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt miteinander in Einklang gebracht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft darf also nicht zum alleinigen Ziel erklärt werden. Dies würde auf Kosten der natürlichen Ressourcen oder der gesellschaftlichen Gerechtigkeit gehen.

### Gestaltungskompetenzen für die Zukunft

Was heißt nun Bildung für nachhaltige Entwicklung? Wenn Menschen im Sinne der Nachhaltigkeit gebildet werden sollen, müssen sie Kompetenzen lernen, die es ihnen ermöglichen, die Zukunft aktiv und verantwortungsvoll zu gestalten. In der Erziehungswissenschaft spricht man hier vom Erwerb von Gestaltungskompetenz. Dazu gehören: Vorausschauendes, zukunftsorientiertes Denken; lebendiges, komplexes, interdisziplinäres Wissen; autonomes Handeln; Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Es geht bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung also nicht nur um Sensibilität gegenüber der Umwelt, wie manchmal vermutet wird. Es geht vielmehr darum, Menschen ganz umfassend zu einem Handeln zu ermächtigen, das sich am Leitbild einer zukunftsfähigen Entwicklung orientiert.

### Umwelt, Verbraucherschutz und Entwicklungspolitik im Fokus

Dieses Bildungskonzept soll Eingang finden in Kindergärten, Schulen, die berufliche Ausbildung, Universitäten, Forschungsinstitute, außerschulische Weiterbildungseinrichtungen und auch das informelle Lernen außerhalb von Bildungseinrichtungen. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll durch das internationale Projekt UN-Dekade aber auch zu einem integrativen Bildungskonzept werden, mit dem sich all die Akteure identifizieren können, die Anliegen der Nachhaltigkeit bisher noch getrennt voneinander verfolgt haben. Das betrifft etwa die Umweltbildung, die entwicklungspolitische Bildung oder die Verbraucherbildung. Wenn sich diese Fraktionen enger verbünden, wird auch das politische Gewicht der Bildung für nachhaltige Entwicklung zunehmen. In diesem Sinne kann die UN-Dekade dazu beitragen, Themen und Akteure an der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu beteiligen, die bisher fälschlicherweise nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. So wird zum Beispiel immer deutlicher,

dass der Bereich Katastrophenvorsorge und Risikoforschung für eine nachhaltige Entwicklung zentral sind. Ähnliches gilt für den Schutz der kulturellen Vielfalt, die derzeit ja zu den zentralen Anliegen der UNESCO gehört.

### Wie wird die UN-Dekade umgesetzt? Deutschland als Praxisbeispiel

Bildung für nachhaltige Entwicklung kann in Deutschland auf eine lebhaftere Tradition zurückblicken. Außerdem sind wir in Deutschland derzeit in der glücklichen Lage, dass die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ große Unterstützung der Politik genießt. Am 1. Juli 2004 haben alle Parteien des Deutschen Bundestages einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, die UN-Dekade zu unterstützen und einen Aktionsplan zu erarbeiten. Laut Bundestagsbeschluss soll die Deutsche UNESCO-Kommission eine koordinierende Funktion bei der Umsetzung in Deutschland übernehmen.

### Expertengremium und Runder Tisch

Bildung für nachhaltige Entwicklung kann nicht „von oben“ verordnet werden. Wie in dem bekannten Slogan „global denken - lokal handeln“ deutlich wird, ist Dezentralität geradezu eines der grundlegenden Prinzipien der Nachhaltigkeit. Nur unter Beteiligung möglichst vieler unterschiedlicher Akteure kann die UN-Dekade sinnvoll realisiert werden. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat daher mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine Organisationsstruktur etabliert, die möglichst viele Akteure auf eine effiziente Art einbinden, möglichst viel Sachverstand bündeln und öffentliche Wirkung herstellen soll. Das zentrale Steuerungsgremium für die UN-Dekade in Deutschland ist das von der Deutschen UNESCO-Kommission berufene Nationalkomitee. Es bringt dreißig Expert/innen und Institutionen zusammen und möchte das ganze Spektrum der Nachhaltigkeit repräsentieren: Mitglieder sind Bundesministerien wie das Bildungs-, das Entwicklungs- und das Umweltministerium, Vertreter/innen des Parlaments, der Bundesländer, von Nichtregierungsorganisationen, aus den Medien und der Privatwirtschaft. Diese breite Zusammensetzung stellt sicher, dass programmatische und organisatorische Entscheidungen zur Umsetzung der Dekade auf einem möglichst breiten Konsens ruhen. Vorsitzender des Gremiums ist der renommierte deutsche Experte für Bildung für nachhaltige Ent-

wicklung, der Erziehungswissenschaftler Gerhard de Haan von der Freien Universität Berlin. Um den Kreis der beteiligten Akteure noch zu erweitern, hat das Nationalkomitee zu einem Runden Tisch UN-Dekade eingeladen und dort 100 weitere Initiativen versammelt.

### Aktionsplan für Deutschland

Was wollen wir im Laufe der Dekade erreichen? Diese Frage beantwortet der „Nationale Aktionsplan für Deutschland der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“, den Nationalkomitee und Runder Tisch erarbeitet haben. Er wurde im Januar 2005 einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Der Aktionsplan<sup>1</sup> nennt vier Ziele, an denen sich die Aktivitäten zur Dekade in Deutschland orientieren:

1. Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie Transfer guter Praxis in die Breite;
2. Vernetzung der Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung;
3. Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Bildung für nachhaltige Entwicklung;
4. Verstärkung internationaler Kooperationen.

Um die beteiligten Akteure zu möglichst konkreten Maßnahmen anzuregen, wird der Aktionsplan durch einen so genannten Maßnahmenkatalog ergänzt. Dieser listet detailliert auf, was welcher Akteur innerhalb welchen Zeitrahmens zu den vier Zielen beitragen möchte. Er nennt Indikatoren und ermöglicht damit eine ernsthafte Evaluation der Fortschritte. Der Maßnahmenkatalog soll während der ganzen Dekade weiter aufgefüllt werden. Im Moment enthält er bereits über 60 sehr konkrete Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, dass das Bildungssystem in Richtung Nachhaltigkeit umsteuert. Zum Beispiel: Das Bildungsministerium plant, ein zentrales Internetportal zur Bildung für nachhaltige Entwicklung einzurichten. Die Bundeszentrale für politische Bildung will in ihren Angeboten Nachhaltigkeit als Querschnittsthema verankern. Das Programm Transfer 21 möchte innerhalb von drei Jahren spezielle Unterrichtsmaterialien zur Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer an 10 % aller deutschen Schulen verankern. Die Kultusministerkonferenz und das Bundesministerium für Ent-

wicklungszusammenarbeit erarbeiten ein Modellcurriculum zur entwicklungspolitischen Bildung an Schulen.

### Anerkennung als offizielles Dekadeprojekt möglich

Neben dieser bildungspolitischen Ebene ist die UN-Dekade in Deutschland noch auf eine weitere Art aktiv. Einzelne Projekte, die vor Ort Bildung für nachhaltige Entwicklung innovativ umsetzen, haben die Möglichkeit, sich beim Nationalkomitee als offizielles deutsches Projekt der UN-Dekade anerkennen zu lassen. Für zwei Jahre können die Projekte das Logo der Dekade führen und sich als gutes Praxisbeispiel in der Öffentlichkeit präsentieren. Bisher wurden etwa 250 Projekte ausgezeichnet, zum Beispiel: Im Schulprojekt „Chat der Welten“ tauschen sich Jugendliche in Deutschland mit Jugendlichen in Ländern des Südens per Internet über umwelt- und entwicklungspolitische Themen aus. Die „Transfair-Aktionswoche“ des Warenhauses Karstadt fördert fair gehandelte Produkte. Im Bundesland Baden-Württemberg werden „Schülermentoren für Natur- und Umweltschutz“ ausgebildet, die ihren Altersgenossen Fragen der nachhaltigen Energienutzung nahe bringen. Die Ausstellung „Re-Art One“ zeigt Kunst aus Recyclingmaterialien. Zusätzlich zu diesen etwa 250 längerfristigen Projekten haben seit Beginn des Vorhabens bereits zahlreiche Einzelveranstaltungen zur UN-Dekade stattgefunden.

### Nur mit internationaler Kooperation

Das Erreichen kaum eines anderen politischen Ziels hängt so sehr von gelungener internationaler Kooperation ab wie Nachhaltigkeit. Die Rahmenbedingungen und Konzeptionen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung unterschieden sich aber weltweit dramatisch. Zukunftsfähigkeit bedeutet in einem so genannten Entwicklungsland möglicherweise etwas anderes als in einer Industrienation, zumindest sind die politischen Prioritäten unterschiedlich. Dort geht es zunächst um die Sicherung der elementaren Lebensgrundlagen, in den Industrieländern etwa auch um Fragen eines nachhaltigen Konsumtenverhaltens angesichts von energieeffizienten Luxusgütern. Dazu kommt die Herausforderung, die die Industrialisierung der so genannten Schwellenländer für die nachhaltige Entwicklung der Weltgesellschaft darstellt. Es stellen sich dabei viele Fragen, die den Kern der Globalisierungsproblematik betreffen. Welche Struk-

turen von „global governance“ benötigen wir, um die Zukunftsfähigkeit der Welt sicherzustellen? Wie ermöglichen wir die Industrialisierung auch der Entwicklungsländer, ohne das Weltklima zu gefährden? Wie verhalten sich knapper werdende Ressourcen und Friedenssicherung? Die UN-Dekade sollte auch eine Chance sein, gerade diese globalen Fragen zu stellen, mit Akteuren einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern in Kontakt zu kommen und im Sinne eines interkulturellen Dialogs voneinander zu lernen.

Auf der europäischen Ebene wird das UN-Vorhaben zur Bildung für nachhaltige Entwicklung zunehmend sichtbarer. Vom 13. bis 15. März 2006 veranstaltete die österreichische EU-Ratspräsidentschaft die erste offizielle Tagung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung auf EU-Ebene, die große Resonanz erfuhr. Ähnliche Veranstaltungen sollen folgen. Wie aus dem deutschen Aktionsplan hervorgeht, wird sich zudem das Forschungsministerium (BMBF) dafür einsetzen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Gewicht in den Bildungsprogrammen der EU erhält.

### Entwicklungschancen für alle

Entwicklungschancen für heutige und künftige Generationen dauerhaft zu sichern, erfordert Mut, Kreativität und einen langen Atem. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan hat es einmal als die „größte Herausforderung für das 21. Jahrhundert“ bezeichnet, „die noch so abstrakt erscheinende Idee einer nachhaltigen Entwicklung zur Realität für alle Menschen dieser Erde zu machen.“ Die Umsetzung dieser scheinbar abstrakten Idee eines Generationen übergreifenden Entwicklungskonzepts, ein Bewusstseinswandel eines jeden Einzelnen hin zu mehr Nachhaltigkeit - das ist die Aufgabe, die sich jeder im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu eigen machen sollte. ■

Gastautor: Alexander Leicht, Deutsche UNESCO-Kommission

### • Weitere Informationen

Deutsche UNESCO-Kommission, Sekretariat UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung", Alexander Leicht, Langwartweg 72, 53129 Bonn  
Tel. 0228 - 4468440, Fax -2425708  
eMail: leicht@esd.unesco.de  
www.dekade.org

<sup>1</sup> Siehe [www.dekade.org](http://www.dekade.org) (dt./engl.)

## Gastbeitrag Nichtregierungsorganisationen in der EU-Entwicklungspolitik

### Das VENRO-Projekt zur Deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

Das Jahr 2007 bietet eine außerordentliche Gelegenheit, Themen der europäischen Entwicklungspolitik auf die internationale Agenda zu setzen und voranzutreiben. Am 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Zusätzlich hat der G8-Gipfel im Sommer 2007 unter deutschem Vorsitz internationale Magnetwirkung. Am 1. September 2006 startet deshalb ein VENRO<sup>1</sup>-Projekt zur deutschen EU-Präsidentschaft. Die beiden Schwerpunkte des Verbandes sind „Afrikas Perspektive - Europas Politik“ und „Nichtregierungsorganisationen als Akteure der europäischen Entwicklungspolitik“.

### Afrikas Perspektive - Europas Politik

Afrika gehört schon lange zu den Schwerpunkten der EU-Politik und stellt heute die größte Herausforderung für die Entwicklungspolitik dar. Die afrikanischen Länder südlich der Sahara werden die Millenniums-Entwicklungsziele<sup>2</sup> bis 2015 nur erreichen können, wenn sich Europas Politik grundlegend ändert, das heißt mehr, besser und wirksamer wird. Ewiges Hindernis ist die mangelnde Kohärenz - also die fehlende Abstimmung - europäischer Politikfelder. Noch immer stehen handels-, sicherheits- und außenpolitische Interessen der EU der Entwicklung der afrikanischen Länder entgegen. Nach der Verabschiedung der zwölf so genannten Kohärenzverpflichtungen durch den EU-Ministerrat im Mai 2005 und eines entsprechenden Arbeitsprogramms steht Europa 2007 in der Pflicht. Im ersten Halbjahr muss die EU-Kommission einen ersten Kohärenzbericht vorlegen.

Europäische Rhetorik und Politik sind eurozentrisch und zu wenig auf die Interessen der afrikanischen Länder selbst aus-

gerichtet. Daher zielt das VENRO-Projekt insbesondere darauf, die Sichtweisen der afrikanischen Zivilgesellschaften verstärkt in die deutsche EU-Präsidentschaftspolitik einzubringen.

### Schwerpunkt 1: Kohärenzprobleme

VENRO beleuchtet in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern sowie mit WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.) und dem Forum Umwelt und Entwicklung konkrete Kohärenz-Probleme in verschiedenen Bereichen:

Sicherheit und Entwicklung: Mit der Begründung Kohärenz zu stärken, werden unter der Verwendung des Begriffs der „menschlichen Sicherheit“ zunehmend Strategien formuliert, die darauf hinauslaufen, Entwicklungspolitik für ein Sicherheitskonzept zur Abwehr von Risiken zu instrumentalisieren. Die Entwicklungspolitik droht von der Außen- und Sicherheitspolitik vereinnahmt zu werden. Konkret wird es darum gehen, Stärken von entwicklungspolitischen Ansätzen und Instrumente zur zivilen Konfliktbearbeitung herauszuarbeiten.

Handelspolitik: Unverändert bildet die mangelnde Kohärenz der europäischen Handelspolitik eine der größten Hürden für eine armutsorientierte Entwicklungspolitik gegenüber afrikanischen Ländern. Im kommenden Jahr stehen die Verhandlungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) als Bestandteil des Cotonou-Abkommens<sup>3</sup> im Vordergrund. Diese sollen 2007 abgeschlossen werden. Die WPA erheben den Anspruch, entscheidend zur Armutsbekämpfung in den AKP-Ländern beizutragen.

Erneuerbare Energien und Klimaanpassung: Zugang zu nachhaltiger Energieversorgung und Klimaanpassung sind Grundvoraussetzungen für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Sichere Energieversorgung stellt ein enormes Problem für viele afrikanische Länder dar, die von fossilen Energieimporten abhängig sind. Zudem ist Afrika am stärksten von den negativen Effekten des Klimawandels betroffen. Trotz politischer Willensbekundungen werden die klima- und energiepolitischen Ziele im Haushalt der

EU nicht umgesetzt. Noch immer fließen die meisten Mittel in die fossilen Energien.

HIV/Aids: Die Millenniums-Entwicklungsziele werden insbesondere durch hohe HIV/AIDS-Raten unterminiert. Eine wirkungsvolle EU-Politik zur AIDS-Bekämpfung muss verschiedene Politikbereiche kohärent miteinander verknüpfen: Die Entwicklungspolitik in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Gender, Handel, die Handelspolitik und den Bereich Forschung und Entwicklung.

Geschlechtergerechtigkeit: Die EU-Kommission betont zunehmend die Bedeutung der Geschlechtergerechtigkeit für Entwicklung und für das Erreichen der Millenniumsziele. Das VENRO-Projekt wird sich auch damit auseinandersetzen, wie Geschlechtergerechtigkeit in den Entwicklungsländern hergestellt werden kann und warum dies notwendig ist.

### Schwerpunkt 2: NGOs als Akteure der europäischen Entwicklungspolitik

Der zweite Themenschwerpunkt des Präsidentschaftsprojekts greift die aktuelle Diskussion zur Rolle der NGOs in der EU-Entwicklungspolitik auf. Die NGOs stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen. Der Wandel politischer Rahmenbedingungen stellt sie vor neue Aufgaben. Dazu gehören die Entwicklungen der internationalen Politik im Zuge der Globalisierung und der Terrorismusbekämpfung, der weltweite Klimawandel und die internationale Migration. Eine wichtige Rolle in der europäischen Politik spielen aber auch Dekonzentrationsprozesse (Verlagerung von Entscheidungen in die Delegationen) sowie Mittelumschichtungen zur Haushaltshilfe zu Lasten der Projektarbeit. Die NGOs müssen sich vor diesem Hintergrund als wichtige politische Akteure und Partner der Zusammenarbeit neu positionieren. Einen entscheidenden Stellenwert nimmt dabei die Zusammenarbeit zwischen NGOs des Nordens und des Südens ein. ■

Gastautorin: Anke Kurat, VENRO

### • Weitere Informationen

VENRO, Anke Kurat, Projektkoordinatorin, Kaiserstraße 201, 53113 Bonn  
Tel. 0228/ 94677-12  
eMail: a.kurat@venro.org  
www.venro.de

1 Der „Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen“ (VENRO) ist ein freiwilliger Zusammenschluss von rund 100 Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe und der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. VENRO arbeitet für eine zukunftsfähigen Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 21, die den Ausgleich zwischen den Reichen und den Armen der Welt, zwischen den Geschlechtern und den Generationen anstrebt.

2 www.de.wikipedia.org/wiki/Millenniumsziele

3 Partnerschaftsabkommen zwischen den AKP-Staaten (Asien, Pazifik, Karibik) und der EU (2000/483/EG), unterzeichnet in Cotonou (Benin) am 23. Juni 2006.

## EU-Ratsgipfel im Juni beriet über Verfassung und Energie

### Weitere Themen: Erweiterung, Sicherheit, Transparenz

Am 15. und 16. Juni haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sowie der EU-Kommissionspräsident in Brüssel zum Europäischen Rat getroffen. Zu den zentralen Themen der Tagung unter Österreichischer Ratspräsidentschaft gehörten die Zukunft des europäischen Verfassungsvertrages, die Erweiterung der EU, Sicherheit und Immigration, die institutionelle Reform der EU und die europäische Energiepolitik.

### Verfassungsvertrag: Die Reform fortsetzen

Nach einer einjährigen „Reflexionsphase“, auf die sich die Regierungs- und Staatschefs der EU im Anschluss an die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 geeinigt hatten, kommt wieder Bewegung in den Verfassungsprozess. Der Europäische Rat hat ein „zweigleisiges Vorgehen“ beschlossen und sich auf einen Zeitplan geeinigt: Während einerseits die bereits bestehenden Europäischen Verträge bestmöglich genutzt werden sollen, um konkrete Ergebnisse zu erzielen, soll andererseits das Projekt einer Europäischen Verfassung weiter verfolgt werden. Nach intensiven nationalstaatlichen Konsultationen will der Ratsvorsitz dem Europäischen Rat zu dessen Gipfeltreffen in der ersten Jahreshälfte 2007 einen Bericht über den aktuellen Stand der Beratungen und Optionen für mögliche Entwicklungen vorlegen, der als Basis für weitere Entscheidungen dienen soll.

Da Deutschland im 1. Halbjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, wird das Thema nach Ansicht von Beobachtern auch auf nationaler Ebene eine prominente Position einnehmen, auch wenn Deutschland den Verfassungsvertrag bereits ratifiziert hat. Der Verfassungsprozess soll bis spätestens Ende 2008 abgeschlossen sein.

Obwohl auf Regierungsebene inzwischen wieder grundsätzliche Einigkeit über die Bedeutung eines Europäischen Verfassungsvertrages herrscht, gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen über dessen

Form.<sup>1</sup> Zudem müssten die Inhalte der Verfassung besser kommuniziert werden, heißt es, da laut einer Eurobarometer-Umfrage von 2005 nur knapp die Hälfte der europäischen Bevölkerung eine europäische Verfassung befürwortet<sup>2</sup>.

### Diskussion über EU-Erweiterung

Die Beitrittschancen Rumäniens und Bulgariens zum 1. Januar 2007 beurteilte der Rat durchaus positiv. Die Türkei und Kroatien wurden aufgefordert, ihren innerstaatlichen Reformprozess zu intensivieren. Außerdem wurde das Thema der „Aufnahmefähigkeit der EU“ für zukünftige Erweiterungen besprochen. Es sei wichtig, die politischen, finanziellen und institutionellen Grenzen der EU zu kennen, um das Tempo zukünftiger Erweiterungen besser bestimmen zu können. Die Arbeitsfähigkeit der EU müsse sichergestellt sein, um das Projekt Europa nicht insgesamt zu gefährden.<sup>3</sup>

Die deutsche Regierungschefin Angela Merkel erklärte, für sie bleibe die Aufnahmefähigkeit ein wichtiges Thema, doch stimme sie Kommissionspräsident José Manuel Barroso zu, dass jeder Staat, der die Kopenhagener Bedingungen<sup>4</sup> von 1993 erfülle, beitreten könne. Annemie Neyts, Sprecherin der Fraktion der Liberalen (ALDE), hingegen sieht die Gründe für Probleme mit der „Aufnahmefähigkeit der EU“ in der Struktur der Institutionen, welche dringend reformiert werden müssten. Im Dezember will sich der Europäische Rat mit der Erweiterung der EU weiter befassen.

### Engere Kooperation von Polizei und Justiz

Zur effektiven Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Korruption, der illegalen Einwanderung und des Terrorismus soll die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa intensiviert werden.

Zudem soll die Reaktionsfähigkeit der EU in Notfällen, in Krisen und bei Katastrophen innerhalb und außerhalb der Union verbessert werden.

### Mehr Transparenz, weniger Verwaltungsaufwand

Um die Arbeit des Ministerrats transparenter für die Öffentlichkeit zu gestalten, werden alle Beratungen des Rates im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens<sup>5</sup> nunmehr probeweise für die nächsten sechs Monate öffentlich stattfinden. Weil besonders kleine und mittlere Unternehmen über den hohen Verwaltungsaufwand auf europäischer Ebene klagen, der ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, soll die Kommission Anfang 2007 Vorschläge vorlegen, wie dieser reduziert werden kann.

### Energiepolitik: Frühjahrsgipfel 2007 soll Aktionsplan annehmen

Ein weiteres Thema der deutschen Ratspräsidentschaft wird die EU-Energiepolitik, da Kommission und Rat aufgefordert sind einen Aktionsplan zu erstellen, der auf der Frühjahrstagung 2007 angenommen werden soll. Neben der Förderung Erneuerbarer Energien stehen besonders externe Aspekte der Energiesicherheit im Mittelpunkt der Diskussion. Zur Versorgung der eigenen Bedürfnisse im globalen Wettbewerb um knappe Energiequellen ist Europa auf gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern angewiesen. Deshalb sollen sowohl der EU-Energiebinnenmarkt auf die angrenzenden Nationen ausgedehnt als auch die Verhandlungen über das Transitprotokoll zur Energiecharta zum Abschluss gebracht und der Energiechartavertrag<sup>6</sup> schnellstmöglich durch alle Unterzeichner ratifiziert werden. Zudem soll die Kommission die Inhalte eines zukünftigen Energieabkommens mit Russland im Rahmen des Folgeabkommens zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen<sup>7</sup> erarbeiten. (mf) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: [www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/90120.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/90120.pdf)

1 [www.swp-berlin.org/de/produkte/swp\\_aktuell\\_detail.php?id=5886](http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=5886)

2 [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb63/eb63\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63_de.pdf)

3 [www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/90120.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/90120.pdf)

4 Um EU-Mitglied zu werden, müssen Beitrittskandidaten die drei „Kopenhagener Kriterien“ erfüllen:  
- Institutionelle Stabilität,  
- funktionierende Marktwirtschaft und  
- Aneignung aller europäischen Prinzipien, Werte und Rechtsvorschriften (acquis communautaire)  
[www.europa-digital.de/service/abc/glossar/kl.shtml#kopen](http://www.europa-digital.de/service/abc/glossar/kl.shtml#kopen)

5 [www.europarl.de/parlament/arbeitsweise/verfahren\\_mitentscheidung.html](http://www.europarl.de/parlament/arbeitsweise/verfahren_mitentscheidung.html)

6 [www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l27028.htm](http://www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l27028.htm)

7 [www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r17002.htm](http://www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r17002.htm)

## Finnische Ratspräsidentschaft: Ziele und Schwerpunkte

### „Vertrauen der Bürger in die EU wiedergewinnen“

Die im Juli 2006 beginnende halbjährige finnische EU-Ratspräsidentschaft wird die Schwerpunkte

- Erweiterung der EU,
- Fortschritte bei der EU-Verfassung und
- Funktionsweise der EU-Institutionen (Bürokratieabbau, Bürgernähe, Transparenz)

haben, wie der finnische Premier Matti Vanhanen Ende Juni erklärte. Übergreifende Zielmarken liegen dabei in Übereinstimmung mit der vorangegangenen österreichischen und der nachfolgenden deutschen Ratspräsidentschaft: die Ziele der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie die Schaffung von mehr Akzeptanz und Vertrauen der Bürger in die EU-Politik.

Des Weiteren stehen konkrete Vorhaben und Schwerpunktsetzungen in einzelnen Politikbereichen an, wobei die aktuellen Herausforderungen, die das Leben der EU-Bürger/innen am meisten betreffen, in der Globalisierung, der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Alterung der Bevölkerung, im Klimawandel und der Sicherheit gesehen werden. Im Folgenden stellen wir die wichtigsten Punkte vor.

### Verfassungsprozess: Verarbeiten für Wiederaufnahme

Die an den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden vorerst gescheiterte EU-Verfassung hatte gezeigt, dass die europäischen Bürger/innen der EU-Politik und den EU-Institutionen Misstrauen entgegenbringen. Die finnische Ratspräsidentschaft will die derzeitige „Reflexionsphase“ im EU-Verfassungsprozess nutzen, um mit einer vorbereitenden Bestandsaufnahme die Fortsetzung des Verfassungsvertragsprozesses anzustoßen - und somit auch der deutschen Ratspräsidentschaft zuzuarbeiten, die im Juni 2007 konkrete Vorschläge zur EU-Verfassung machen will.<sup>1</sup>

### Erweiterung und „better regulation“

Bei den Erweiterungsgesprächen stehen die fortlaufenden Verhandlungen mit den

Kandidaten Bulgarien und Rumänien (geplanter Beitritt Anfang 2007) an, Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei werden gemäß der allgemeinen Erweiterungsprinzipien weitergeführt. Mit dem Voranbringen der „better regulation“ sollen bestehende Gesetze gezielt umgesetzt, Regelungen vereinfacht, Bürokratie abgebaut und Kosten reduziert werden. Außerdem will die finnische Regierung eine größere Transparenz der Gesetzprozesse (Offenheit des Ministerrates) und eine bürgernähere EU-Verwaltung fördern. Ein weiterer wichtiger Punkt wird die Konkretisierung des EU-Finanzrahmens für 2007-2013 sein. Verhindert werden soll, dass in den über 40 Politikprogrammen, darunter die Strukturfondsprogramme und das 7. Rahmenprogramm für Forschung, Verzögerungen eintreten.

### Wirtschaft: REACH-Verordnung und Dienstleistungsrichtlinie

Hier gehören die Weiterentwicklung des Binnenmarktes, das Voranbringen der Verhandlungen um die Dienstleistungsrichtlinie und die Verabschiedung der REACH-Verordnung zu den Schwerpunkten.

### Verkehr: Logistikmarkt

Als zentrales Verkehrsthema soll in diesem Jahr vom EU-Rat eine Erklärung zur Logistik (Logistikdienstleistungsmärkte, Informations- und Kommunikationstechnik, Infrastrukturinvestitionen) verabschiedet werden, wofür eine intensive Diskussion angeregt werden soll. Daneben werden unter der österreichischen Präsidentschaft begonnene Projekte wie der außereuropäische Flugverkehr, das dritte Eisenbahnpaket oder das europäische Satellitenortungssystem GALILEO weiterverfolgt.

### Energie: EU-Russland-Dialog

Während der finnischen Ratspräsidentschaft sollen sowohl der im Frühjahr 2007 im Ministerrat zur Entscheidung anstehende Aktionsplan zur Energiepolitik als auch der erste jährliche strategische Energiebericht vorbereitet werden. Schwerpunkte sollen hier Strom- und Gasbinnenmarkt, Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien sein. Im Hinblick auf die energiepolitische EU-Außenpolitik will Finnland besonderes Augenmerk auf den EU-Russland-Dialog legen. Hierfür soll während der Präsidentschaft ein „Permanent Partnership Council“ zu Energiefragen durchgeführt werden. Dis-

kutiert werden sollen auch die Strategien zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien, die voraussichtlich während der folgenden deutschen Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt bilden.

### Klima: Nach-Kyoto-Prozess, EU-Emissionshandel

In der Schlüsselfrage des Klimawandels will Finnland die Verhandlungen über die Periode des Post-Kyoto-Prozesses ab 2012 voranbringen. Schwerpunkte werden die während der Präsidentschaft stattfindenden Treffen der Kyoto-Vertragsparteien, verschiedene Drittländergipfel und die Bewertung des Emissionshandelssystems der EU sein.

### Umwelt: Biodiversität, Luft, Meere, Abfall, Ressourcen

Auf Grundlage des Informationsberichts der EU-Kommission zur Biodiversitätspolitik für die Jahre 2007-2013 sollen festgelegte Maßnahmen zur Zielerreichung voran gebracht werden. Die anstehende Zwischenbilanz des sechsten EU-Umweltaktionsprogramms (2002-2011) soll während der Präsidentschaft fertig gestellt werden. Schwerpunkte werden die thematischen Strategien und Vorhaben zu Luftqualität (Rahmenrichtlinie, Euro 5), Meeresumwelt (Rahmenrichtlinie, Schutzabkommen), Abfällen (Abfallrichtlinie) und natürlichen Ressourcen sein.

### Agrar: Bio-Regeln, Energiepflanzen, Waldaktionsplan, Fischereifonds

Schwerpunkte sind hier die Erneuerung des Weinsektors, Regelungen zur landwirtschaftlichen Bioproduktion und die Neuordnung der Subventionen von Energiepflanzen. Zur Tierseuchenstrategie wird Finnland eine Konferenz veranstalten. Während der Präsidentschaft sollen der EU-Waldaktionsplan verabschiedet, über verschiedene Fangquoten für Fische abgestimmt und über einen europäischen Fischereifonds entschieden werden. (tf)

### • Weitere Informationen

Finnische Regierung, Staatskanzlei,  
P.O.Box 23, Snellmaninkatu 1,  
00023 Helsinki, Finnland  
Tel. 00358 9 / 16001  
www.eu2006.fi

<sup>1</sup> Die EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen auf dem EU-Gipfel im Juni diesen Jahres, das endgültige Urteil über die EU-Verfassung bis Ende 2008 aufzuschieben.

## Kritik an Impact Assessments

### Umwelträte bemängeln Asymmetrien und methodische Unzulänglichkeiten

Bevor neue EU-Gesetze erlassen werden, erfolgt in der EU eine Folgenabschätzung („Impact Assessments“). Eine Arbeitsgruppe des Netzwerks der europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte (EEAC) hat eine Stellungnahme mit Hintergrundbericht zu den „Impact Assessments“ der politik der EU-Kommission erarbeitet.

In Deutschland war der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) an der Erstellung beteiligt. In ihrer Stellungnahme warnt die Arbeitsgruppe vor einer lediglich ökonomischen Gesetzesfolgenabschätzung und schlägt ein Modell einer gleichberechtigten Analyse der Umwelt- und der sozio-ökonomischen Folgen vor. Wichtig sei besonders das Prozessdesign, um eine ergebnisoffene Prüfung verschiedener Handlungsoptionen und die Berücksichtigung aller wichtigen Argumente gewährleisten zu können. Es gebe „erhebliche korrekturbedürftige Defizite“ in der Praxis der EU-Kommission“, kritisierte Christian Hey, Geschäftsführer des SRU.

### Hauptkritikpunkte der Nachhaltigkeitsräte

- Asymmetrien bei der Einbeziehung unterschiedlicher Politikbereiche;
- Beschränkte Rahmensetzung und Reichweite der Überprüfung;
- Inadäquate Qualitätssicherung durch ungenügende „Gewaltenteilung“ zwischen federführender und beratenden Generaldirektionen und mangelnde Transparenz bei Beteiligung;
- Zu wenig Zeit, Ressourcen und Fachkenntnis;
- Versäumte Gelegenheiten durch offener und pluralistischer angelegten Lernprozess - stattdessen oft nur Legitimation bereits getroffener Entscheidungen. (jg)

### • Weitere Informationen

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Dr. Christian Hey, Generalsekretär, Reichpietschufer 60, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 263696-110, Fax -109  
eMail: christian.hey@uba.de  
www.umweltrat.de  
Studie im Internet:  
www.eeac-net.org („Statements“)

## Entbürokratisierungsinitiative erreicht die Arbeitsebene

### Ziele: Weniger Vorschriften für Firmen, mehr Akzeptanz bei Bürger/innen

Die Initiative der Europäischen Kommission zur Entbürokratisierung (EUR 10.05, S. 12) hat die Arbeitsebene erreicht. Die „Entschlackungsinitiative“ auf EU-Ebene, die Ende 2005 gestartet worden war, hat nach Angaben von EU-Industriekommissar Günter Verheugen zum Ziel, Wachstumskräfte in der Wirtschaft freizusetzen, die durch zu viele oder zu komplizierte Vorschriften gehemmt seien, sowie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Integration zu stärken. Besonders für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen stelle eine Vereinfachung der Rechtslage eine Entlastung dar, argumentierte Verheugen. Zudem sei der Wahrnehmung vieler EU-Bürger entgegenzuwirken, die Brüssel mit seelenloser und intransparenter Bürokratie gleichsetzten.

### Die drei Pfeiler der Initiative

Die Kommissions-Initiative setzt sich aus drei Teilen zusammen:

Der Drei-Jahres-Plan zur Vereinfachung der EU-Vorschriften, die seit 1957 verabschiedet wurden ist das umfangreichste Projekt im Rahmen des Vorhabens. Begonnen wurde mit der Deregulierung der Bereiche Autos, Abfallwirtschaft und Bauwerke, da dort eine besonders hohe Regulierungsdichte und ein hoher Wettbewerbsdruck bestehen.

Zweitens handelt es sich um das Zurückziehen „unnötiger“ Gesetze durch die Kommission. Nach einer Überprüfung von 183 Gesetzesvorschlägen, die vor 2004 dem Ministerrat und dem EU-Parlament zugeleitet wurden und noch nicht beschlossen sind, werden 68 Vorschläge zurückgezogen und weitere fünf einer nochmaligen vertieften Prüfung unterzogen.

Außerdem gilt bereits seit Juli 2005 das Verfahren, dass alle Gesetzesvorschläge, Weißbücher und grundlegende Politikmitteilungen einer Folgekostenabschätzung unterzogen werden müssen, um voraussehbare Kosten vermeiden zu können.

### Kritik aus dem Parlament am Vorgehen der Kommission

Zwar betont Verheugen dass die „Herkulesaufgabe“ einer Reform der EU-Rechts-

situation von der Kommission nur im Schulterschluss mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament zu bewältigen sei, doch gibt es auch Kritik an seiner Vorgehensweise.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Mitglied der Linken-Fraktion (GUE/NGL), unterstützt zwar das Vorhaben der Kommission, Gesetzesvorhaben zurückzuziehen, um die Gesetzgebung effektiver zu machen, kritisierte jedoch in einer Rede vom 16. Mai<sup>1</sup> die diesbezüglich mangelhafte institutionelle Zusammenarbeit zwischen Kommission und Parlament. Die Vorabinformation an das Parlament über die Vorhaben der Kommission funktioniere nicht zufrieden stellend. Auch die Erwartung, dass die Position des Parlaments bei endgültigen Entscheidungen der Kommission berücksichtigt werde, erfülle sich nicht immer. Zudem sei es notwendig, Entscheidungen gegen Vorschläge des Parlaments eingehend zu erläutern.

### Parlament verlangt Begründung zu zurückgezogenen Gesetzesvorschlägen

Die Kommission hatte dem Parlament lediglich eine zusammenfassende Begründung zu den 68 zurückgezogenen Gesetzesvorschlägen vorgelegt. Die Vizepräsidentin betonte hierzu, es könne nicht die Aufgabe des Parlaments sein, die Ideen der Kommission zu erforschen und einen Zusammenhang zwischen den in der „Paketbegründung“ formulierten Prinzipien und den 68 betroffenen Einzelvorschlägen zu suchen.

Zukünftig müsse jeder Rücknahmever-schlag einzeln begründet werden, forderte Kaufmann. So ließen sich auch Fehler auf Seiten der Kommission vermeiden. Diese hatte auch einen Gesetzesvorschlag zurückziehen wollen, der bereits beschlossen war. (mf) ■

### • Weitere Informationen

Quellen und weitere Informationen:  
www.pds-europa.de/dokumente/reden/view\_dok\_html?zid=2402  
www.europa.eu/rapid (Reference MEMO/05/340)

<sup>1</sup> www.pds-europa.de/dokumente/reden/view\_dok\_html?zid=2402

## EU-Umweltgesetzgebung wird immer weicher

### Experten beklagen Trend: Weniger Verordnungen, mehr Richtlinien

Auf einer Konferenz der Europäischen Rechtsakademie Ende Mai zum Thema "Neuere Entwicklungen im EU-Umweltrecht", haben Experten den Trend zur verstärkten Nutzung von Richtlinien (im Gegensatz zu Verordnungen) in der EU-Umweltgesetzgebung kritisiert. Dies führe zu Umsetzungs- und Durchsetzungsproblemen auf nationaler Ebene, da die Mitgliedstaaten für viele Details allein verantwortlich seien, erläuterte der Umweltrechtsexperte Nicolas de Sadeleer von der St.-Louis-Universität in Brüssel.

### Mehr Unterstützung von der Europäischen Kommission gefordert

Mehrere Konferenzteilnehmer sprachen sich für eine verstärkte Unterstützung der Nationalstaaten durch die Kommission aus, um Widersprüche zwischen den nationalen Gesetzgebungen zu verringern und die Gerichtshöfe der zehn neuen EU-Mitgliedsländer anzuleiten.

Ausgelöst durch die Veränderungen in der Gesetzgebung, übernehme der Europäische Gerichtshof (EuGH) nun häufig die Aufgabe der Brüsseler Legislative und formuliere Grunddefinitionen, merkte de Sadeleer an. Dies führe zu einer unklaren Situation, da die Mehrheit der Prozesse auf nationalstaatlicher Ebene geführt werde, der Europäische Gerichtshof aber die letzte Instanz sei, die die nationalstaatlichen Interpretationen außer Kraft setzen könne.

### Hindernisse für Umweltverbände

Auch für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stellt die hauptsächliche Nutzung von Richtlinien ein Problem dar, wie Marco Onida von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission erklärte. Die weichere Form der Richtlinie mache es für NGOs schwerer Klagen zu formulieren. (mf) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Rechtsakademie (ERA),  
Jens Hamer, Wirtschafts- und Umweltrecht,  
Metzer Allee 4, 54295 Trier  
Tel. 0651 / 93737-50, Fax -90  
eMail: info@era.int  
www.era.int

Quelle: Environment Daily, 24.05.06

## EU verabschiedet neue Nachhaltigkeitsstrategie

### Neue Bereiche und mehr Umsetzungsorientierung

Auf ihrem EU-Gipfel am 15. und 16. Juni (siehe S. 9) haben die Staats- und Regierungschefs eine neue EU-Nachhaltigkeitsstrategie angenommen. Im Vergleich zu ihrer Vorgängerin<sup>1</sup> ist sie etwas umsetzungsorientierter und wurde ergänzt um die Bereiche

- „good governance“ (gutes politisches Steuerungs- und Regelungssystem) und
- nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster.

### Initiative zur umweltgerechten öffentlichen Beschaffung

Für die nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster soll von der EU-Kommission bis 2007 ein Aktionsplan vorgelegt werden, als Zielmarke für die umweltfreundliche öffentliche Beschaffung gelten bis 2010 die Werte des erfolgreichsten EU-Mitgliedstaates.

Die übrigen prioritären Bereiche, in denen zu erwartende „nicht-nachhaltige“ Trends durch verschiedene Maßnahmen umgekehrt werden sollen, wurden beibehalten:

- Klimawandel und nachhaltige Energien,
- Mobilität und Verkehr,
- Ressourcenmanagement,
- öffentliche Gesundheit,
- Armut,
- alternde Gesellschaft.

### Umweltverbände: Akzeptable Ausgangsposition...

Trotz der wenigen konkreten und langfristigen Maßnahmen, Ziel- und Zeitmarken sieht das Europäische Umweltbüro (EEB) die Strategie als „akzeptablen Ausgangspunkt“ im Sinne einer prozesshaften Weiterentwicklung und fordert ihre unverzügliche Umsetzung. Positive Aspekte werden vor allem in der Initiative zur umweltverträglichen öffentlichen Beschaffung gesehen. Kritisiert werden das Fehlen klarer Ziele zu Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen, eine Initiative für eine Umweltsteuerreform und ehrgeizige Ziele und Maßnahmen zur Ressourceneffizienz.

<sup>1</sup> Die erste EU-Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2001 auf dem EU-Gipfel in Göteborg verabschiedet mit dem Ziel, eine langfristige Marschrichtung für eine nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union aufzuzeigen.

### ...aber gemessen am eigenen Anspruch enttäuschend

Insgesamt sieht das Europäische Umweltbüro jedoch seine Erwartungen an eine ursprünglich von der Kommission angekündigte „ehrgeizigere Nachhaltigkeitsstrategie“ enttäuscht. Wie schon beim Vorgängerdokument werden klare Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, Maßnahmen sowie Zeit- und Zielangaben vermisst. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB),  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: info@eeb.org  
www.eeb.org

## Studie zum Lobbyismus in Brüssel

### Friends of the Earth kritisieren enttäuschendes Grünbuch

Die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) hat Anfang Juni eine Studie<sup>1</sup> zu bestehenden und geplanten Regelungen für Lobbyaktivitäten in der EU veröffentlicht. Bisherige Verhaltenskodizes für Lobbyisten seien ineffektiv, da sie auf Freiwilligkeit beruhten und deshalb über keine unabhängigen, externen Klageinstanzen und Sanktionsmittel verfügten. Es gebe kein europäisches Regelwerk für Lobbying, das wirklich eine transparente und ethische Arbeit in Brüssel sicherstelle, kritisierte Paul de Clerck von FoEE. Auch das Grünbuch<sup>2</sup> der EU-Kommission zur europäischen Transparenz-Initiative vom Mai 2006 sei eine Enttäuschung.

Die Studie beleuchtet den schnellen Einstieg ehemaliger Kommissionsmitarbeiter/innen in die Lobbyarbeit. Sie profitierten so von ihrem privilegierten Zugang zu ihren früheren Kollegen und von Insider-Informationen. Dies sei besonders kritisch, da eine Gleichberechtigung aller Lobbygruppen beim Konsultationsverfahren der Kommission nicht sichergestellt sei: Business-Gruppen würden bevorzugt.

### Verbesserungsvorschläge:

#### Registrierung und Verhaltenskodex

Um Mängel zu beseitigen, ist es nach Ansicht von Friends of the Earth Europe wichtig, eine obligatorische Registrierung aller Lobbyisten und einen für alle Lobbyisten und EU-Mitarbeiter geltenden ethischen Verhaltenskodex einzuführen. Zudem müsse eine unabhängige öffentliche Institution zur Untersuchung von Missständen geschaffen werden. (mf) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE),  
Paul de Clerck, Campaigner für Unternehmen und Transparenz, Rue  
Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5426107

Quelle: [www.foeeurope.org/press/2006/PC\\_1\\_June\\_report.htm](http://www.foeeurope.org/press/2006/PC_1_June_report.htm)

## Newsticker

### 6. Umweltaktionsprogramm: Konsultation bis 17. Juli

► Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Internetkonsultation zur Überprüfung der Erfolge ihres 6. Umweltaktionsprogrammes gestartet. Eine vom Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) vorgelegte und vom Europäischen Umweltbüro (EEB) in Auftrag gegebene Studie (EUR 06.06, S. 8) hatte mangelnde Fortschritte beklagt. Die Analyse zeigte, dass in den vier prioritären Bereichen Klimawandel, Naturschutz/Biodiversität, Umwelt/Gesundheit/Lebensqualität und Abfall/Ressourcen nur wenig passiert ist. Das Europäische Umweltbüro ruft dazu auf sich an der Konsultation zu beteiligen. (jg)

Internetfragebogen:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=consult6EAP&lang=de>

### Chefpostenwechsel bei IUCN und UNEP

Der Mauretanier Ibrahim Thiaw hat am 31. Mai die Leitung der Weltnaturschutzunion IUCN übernommen. Der Nachfolger von Achim Steiner war bisher Leiter des IUCN-Westafrikabüros. Der 51-Jährige ist Ingenieur für Forstwirtschaft und für Wasserwirtschaft. Der Deutsche Achim Steiner ist seit dem 15. Juni Generaldirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und tritt damit die Nachfolge von Klaus Töpfer an. Steiner wuchs in Brasilien auf, studierte in Oxford, London, Harvard und Berlin, arbeitete für IUCN in Washington und Asien und für die Welt-Staudamm-Kommission mit Sitz in Südafrika. (jg)

[www.iucn.org](http://www.iucn.org)

[www.unep.org](http://www.unep.org)

■

<sup>1</sup> [www.foeeurope.org/publications/2006/Transparency\\_in\\_EU\\_decision\\_making\\_May2006.pdf](http://www.foeeurope.org/publications/2006/Transparency_in_EU_decision_making_May2006.pdf)

<sup>2</sup> [http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/kallas/doc/com2006\\_0194\\_4\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/doc/com2006_0194_4_de.pdf)

### EU-Abfallpolitik: Umdefinition von "Abfall" in "Produkte"?

#### Debatte zu Kommissionsvorschlag im Umweltministerrat und im Parlament

Nachdem die EU-Kommission im vergangenen Dezember ihre thematische Strategie zur Abfallvermeidung<sup>1</sup> und einen Entwurf zur Revision der Abfallrahmenrichtlinie<sup>2</sup> vorgelegt hatte (EUR 02.06, S. 18; EUR 05.06, S. 13), müssen sich derzeit Rat (Umweltministerrat am 27. Juni) und Parlament damit auseinandersetzen.

Die Berichterstatlerin des Europäischen Parlaments Caroline Jackson (Konservative, England) kritisierte auf einer Konferenz Anfang Juni, dass der Kommissionsvorschlag nicht die erforderlichen Definitionen, beispielsweise des Lebenszyklus-Ansatzes, liefere. Jackson soll Ende Juni ihre Position im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments darlegen. Die Berichterstatlerin will sich auch gegen die Verschiebung der Entscheidungen bei technischen Fragen ins Komitologieverfahren - statt Mitentscheidung durch das Parlament - einsetzen. So habe das Parlament bei der Frage, ab wann Abfälle Produkte werden, demokratisch mitzubestimmen. Eine weitere Schwierigkeit bestehe in der Frage, ob Abfalls als Ressource oder als Rohmaterial definiert werden sollte.

#### Umweltverbände: Rat und Parlament sollen Verschlechterung verhindern

Das Europäische Umweltbüro (EEB) und Friends of the Earth haben Rat und Parlament aufgefordert, eine Abschwächung der EU-Abfallpolitik zu verhindern. Sie setzen sich dafür ein, dass

- die Abfallhierarchie (Vermeidung - Wiederverwertung - Recycling - energetische Verwertung - Deponierung) mit klaren Definitionen und Differenzierungen erhalten bleibt; der neue Lebenszyklus-Ansatz könne nur unterstützend wirken, nicht aber als Ersatz dienen;
- ein ambitionierter kommissionsgeführter Prozess zur Abfallvermeidung mit klaren Zielvorgaben und Unterstützung der Umsetzung in den Mitgliedstaaten gestartet wird;
- Abfälle nicht mehr durch Verbrennung und Deponierung beseitigt, sondern so

- weit wie möglich wiederverwertet, recycelt oder kompostiert werden;
- Müllverbrennungsanlagen so effizient wie möglich arbeiten müssen, ihre Tätigkeit aber nicht als „Wiederverwertung“ klassifiziert wird;
- Eine Richtlinie zur Kompostierung von Abfällen geschaffen wird;
- die Abfallströme innerhalb der EU und die Abfallexporte außerhalb der EU minimiert werden;
- Gesetzeslücken durch eine nicht vorhandene Definition von Neben-Produkten verhindert werden;
- gefährliche Abfälle weiterhin besonders streng geregelt werden.

#### Dänische Studien belegen mögliche Umweltschäden bei Reklassifizierung

Schlüsselemente der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Revision der EU-Abfallrahmenrichtlinie könnten laut dem dänischen Themenzentrum für Abfall und Ressourcen negative Umweltfolgen haben. Zwei von dem Zentrum vorgelegte Studien stellen bei bestimmten Abfallströmen den Ansatz des EU-Kommissionsvorschlags in Frage, neue Kriterien zu definieren, ab wann Abfälle „Produkte“ und nicht mehr „Abfälle“ sind („end-of-waste“). So würden einige Mitgliedstaaten z. B. gern Altöl in der Verbrennung nutzen.

Die erste Studie untersucht ökonomische und ökologische Einflüsse der Reklassifikation von Abfallströmen (Kompost, Bauschutt, Metallschrott, Papier, Flugasche und Schlacke) als Produkt. In der Studie heißt es, dass die sofortigen sozio-ökonomischen Auswirkungen für Regierung, Industrie und Zivilgesellschaft vernachlässigbar seien, da die Stoffe als Produkte den Handelsregeln unterlägen. Der Einfluss auf die dänische Umwelt hänge hingegen davon ab, ob neue EU-Standards bei der Reklassifikation von Abfall zu Produkten niedriger als die existierenden dänischen Standards für die Wiederverwertung von Müll seien. Wenn dies so wäre, könnte der dänische Markt mit Produkten niedriger Qualität „überflutet“ werden. Darüber hinaus, so die Studie, würde die Anwendung des Komitologieverfahrens bei der Definition von (Ex-Abfall-)Produkten eine Beteiligung und ein Vetorecht einzelner Mitgliedstaaten verhindern. Außerdem könne die Abfall-Reklassifikation dazu führen, dass umweltschädliche Produkte auf den dänischen Markt gelangten, ohne dass die Behörden davon Kenntnis bekämen.

Grundsätzlich hinterfragt die Studie die Einführung von (Ex-Abfall-)Produkt-Kriterien, da dadurch in der EU kaum die Recyclingpolitik vorangetrieben werden dürfte. Sie führt an, dass kleine Länder wie Dänemark unter der jetzt gültigen Abfallgesetzgebung hohe Recyclingraten erreicht hätten.

Die zweite Studie untersucht die von der EU-Kommission angeführte Begründung für die Empfehlung an die Mitgliedstaaten Altölverbrennung zuzulassen, nämlich dass dies die Sammlung von Altöl befördere. Diese Begründung treffe für Dänemark nicht zu - auch ohne eine solche Regelung habe die politische Förderung von Altölwiederaufbereitung seit 2001 dazu geführt, dass die Sammelquote von 75 auf 90 Prozent angestiegen sei. Im Gegenteil ist laut der Studie zu befürchten, dass eine Veränderung der Prioritäten in Richtung Verbrennung dazu führt, die größtenteils privatwirtschaftlich finanzierte Altölsammlung zu be- oder verhindern und dadurch die Sammelergebnisse zu verschlechtern bzw. das Angewiesensein auf staatliche Subventionen zu vergrößern.

Voraussichtlich im Oktober und November wird sich das Europäische Parlament mit den EU-Kommissionsvorschlägen befassen. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Melissa Shinn, Abfallexpertin, Bvd de Waterloo, 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2891-308, Fax -099  
eMail: melissa.shinn@eeb.org  
www.eeb.org/activities/waste

Friends of the Earth - briefing paper:  
www.foeeurope.org/publications/2006/Waste\_Briefing\_May2006.pdf (87 kB)

Dänische Studien  
- zur Reklassifikation von Abfall:  
www.endseuropedaily.com/60606a.pdf  
- zu Altöl:  
www.endseuropedaily.com/60606b.pdf

Quellen: Environment Daily 06.06.06, 08.06.06;  
www.euractiv.com/de/umwelt 14.06.06

1 [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0666de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0666de01.pdf)

2 [http://ec.europa.eu/environment/waste/pdf/directive\\_waste\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/waste/pdf/directive_waste_de.pdf)

## Bioabfall-Fachtagung in Brüssel

**Vier Staaten wollen Richtlinie für Kompostierung, EU-Kommission zögert**  
Auf einer Fachtagung zum Thema Bioabfall Ende Mai in Brüssel haben sich die Initiatoren der Tagung (Deutschland, Österreich, Spanien und Portugal) für eine einheitliche EU-Richtlinie zur Förderung der getrennten Sammlung und ökologisch sinnvollen Nutzung von Bioabfällen in Europa eingesetzt. Timo Makela, Leiter der Abteilung für Nachhaltige Entwicklung und Integration in der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, betonte allerdings, dass die Kommission sich erst 2010 mit diesem Thema befassen werde, da zuvor noch viele Fragen zu klären seien.

**Argumente für eine EU-Richtlinie**  
Deutschland und Österreich forderten eine europäische Vereinheitlichung der Regelungen, um zukünftig zu ähnlich hohen Standards für Kompost auf dem europäischen Markt zu gelangen, wie sie in Deutschland und Österreich bereits erfüllt werden. Franz Mochty vom österreichischen Umweltministerium merkte an, dass die Verbraucher ohne eine EU-einheitliche Verpflichtung zur getrennten Sammlung von Biomüll das Vertrauen in die Qualität von Kompost verlieren könnten. Spanien und Portugal hingegen sehen Bioabfall als eine der Hauptressourcen zur Bekämpfung von Bodendegradation, wie sie gerade auf der iberischen Halbinsel ein drängendes Problem darstellt.

Mehrere Vortragende auf der Tagung setzten sich für eine EU-Richtlinie ein. EU-Parlamentsmitglied Hans Blockland forderte unter anderem die Kommission auf, die Inhalte des 6. Umweltaktionsprogramms, das sich für eine Gesetzgebung für eine getrennte Sammlung von Biomüll ausspricht, zu respektieren. (mf) ■

### • Weitere Informationen

Quellen:

[www.bmu.de](http://www.bmu.de) (31.05.06)

Environment Daily, 31.05.06

## Keine Gewinneinbußen durch Elektroschrott-Richtlinie WEEE

**Hersteller zahlen weniger als erwartet, aber Umsetzung EU-weit uneinheitlich**  
Die EU-Richtlinie zur Vermeidung von Abfällen von Elektro- und Elektronikgeräten, (WEEE<sup>1</sup>) verursacht weniger Kosten als erwartet. Hersteller, die laut WEEE-Richtlinie zur Rücknahme und Entsorgung ihrer nach August 2005 verkauften Geräte verpflichtet sind, hatten Gewinneinbußen befürchtet. Eine Studie des Elektronikherstellers Hewlett Packard ergab allerdings, dass die Recyclingkosten für Elektronik- und Elektroschrott in der EU insgesamt niedriger ausfallen als erwartet. Auf Grund mangelnder Konkurrenz zwischen Recyclingfirmen lägen die Kosten in Ländern wie Belgien und Irland jedoch höher als in Österreich oder Spanien.

### Britischer Streit um Altgeräte

Der Stand der Umsetzung innerhalb der EU ist nicht einheitlich. So wird die Umsetzung der Richtlinie in Großbritannien verzögert, weil die britischen Haushaltsgerätehersteller Bedenken gegen den Regierungsbeschluss haben, dass sie auch für Altgeräte aufkommen müssen, die vor August 2005 verkauft wurden.

### Frankreich lässt Verwerter prüfen

Die französische Regierung hat zunächst eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Zertifizierung der für die Sammlung und Verwertung zuständigen Organisationen befassen soll. Voraussichtlich werden jedoch alle zertifizierten Stellen im Herbst einsatzbereit sein. (mf) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Melissa Shinn, Referentin für Abfall und Produktpolitik, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: [melissa.shinn@eeb.org](mailto:melissa.shinn@eeb.org),  
[waste.workinggroup@eeb.org](mailto:waste.workinggroup@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Quelle: Environment Daily, 06.06.06

## Newsticker

### Schiffsabwrackung: Industrie gegen Pflicht zur Vorreinigung

Neue globale Standards für die Abwrackung von Schiffen, die vom Umweltausschuss der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation MEPC im März vorgelegt wurden (EUR 05.06, S. 12), werden auch von der Schiffsindustrie grundsätzlich begrüßt. Auf einer Konferenz in London Ende Mai sprachen sich ihre Vertreter allerdings gegen das von Verbänden geforderte Vorreinigen von zum Export bestimmten Schiffswracks aus. Dies ist zwar auch in der Basler Konvention zum Handel mit gefährlichen Abfällen so vorgesehen, stieß aber auf praktische Bedenken. Die betreffenden gefährlichen Substanzen seien in der Schiffsstruktur eingebaut und könnten nicht einfach entfernt werden. Im letzten Monat hatte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas vorgeschlagen, die EU solle über die Schaffung eigener - dann höchstwahrscheinlich subventionierter - Abwrackungseinrichtungen nachdenken. (jg)  
Quelle: Environment Daily, 24.05.06

### Studie vergleicht gebührenpflichtige Müllsammlungssysteme

Eine Studie im Auftrag der OECD<sup>2</sup> hat unterschiedliche gebührenpflichtige Hausmüllsammelsysteme verglichen, die zum Ziel haben Müllvermeidung ökonomisch zu belohnen. Untersucht wurden die Literatur zu derartigen Systemen, drei Fallstudien zu Kosten und Nutzen (eine davon in Bayern, Landkreis Schweinfurt), Erfahrungen aus anderen Regionen sowie der Zusammenhang zwischen Gebühren und Abfallmanagementpolitiken. Die Einführung solcher Systeme könne die Vermeidungs- und Recyclingraten verbessern sowie durch gemeinschaftlich genutzte Infrastrukturen Kosten sparen, resümiert die Studie. (jg)  
Quelle: [www.oecd.org/dataoecd/51/28/36707069.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/51/28/36707069.pdf)  
■

1 [http://ec.europa.eu/environment/waste/weee\\_index.htm](http://ec.europa.eu/environment/waste/weee_index.htm)

2 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zwischenstaatliche Organisation der industrialisierten Länder mit Sitz in Paris

### EU-Agrarsubventionen sollen transparenter verteilt werden

#### EU will Mitgliedstaaten zur Auskunft über die Geldverteilung verpflichten

Die EU-Kommission will dagegen vorgehen, dass die Hauptempfänger der EU-Agrarsubventionen deren Verwendung weiter geheim halten. 40 Prozent des jährlichen EU-Budgets von rund 100 Milliarden Euro fließen in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Frankreich erhielt 2004 mit 22 Prozent der gesamten GAP-Ausgaben die meisten Zuwendungen, gefolgt von Spanien (15 Prozent) und Deutschland (14 Prozent). Genau diese Länder verweigern aber der Öffentlichkeit Informationen darüber, wie sie die Gelder aus Brüssel ausgeben.

#### Kostenargumente sollen nicht länger gelten

Damit die Subventionsempfänger ihrer Informationspflicht nachkommen, hat die EU-Kommission im Mai das so genannte „Grünbuch zur Europäischen Transparenzinitiative“ vorgelegt. Dieses enthält u. a. den Vorschlag, die Mitgliedstaaten gesetzlich zu verpflichten, die Empfänger von EU-Geldern offen zu legen. Die Kommission akzeptiert nicht das Argument der Länder, die Informationserstellung sei zu aufwändig. Die Information sei auch notwendig, um die Unterstützung der Öffentlichkeit langfristig zu sichern, so die Kommission. Ende August wird die öffentliche Beratung über das Grünbuch abgeschlossen. Bis dahin müssen die Mitgliedsländer Stellung beziehen.

#### Transparenz ist machbar

Das Beispiel von elf europäischen Ländern, darunter Italien, Großbritannien und Dänemark, zeigt, dass eine transparente Informationspolitik möglich ist.

#### Umweltorganisationen: Konzerne sind Hauptprofiteure

Nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen erhalten nicht die kleinen, extensiv wirtschaftenden Betriebe den Hauptanteil der Fördergelder, sondern Großbetriebe und Nahrungsmittelkonzerne. Wahrscheinlich sei das der Grund, weshalb man sich in Deutschland so sträube, die Empfänger des Brüsseler Geldsegens zu nennen, hieß es bei Greenpeace. Im Jahr 2001 hat der Lebensmittelkonzern Nestlé 2,4 Milliarden Euro Exportsubventionen erhalten, wie die Entwicklungsorganisation Oxfam recherchierte.

Obwohl Lebensmittelkonzerne erheblich von Agrarsubventionen profitierten, erbrächten sie so gut wie keine gesellschaftlichen Gegenleistungen, sondern richteten im Gegenteil eher Schaden an, kritisierte Oxfam.

#### Öffentliche Mittel sollen zum Nutzen der Gesellschaft eingesetzt werden

Die von 25 Organisationen gebildete „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ (siehe EUR 05.06, S. 14) forderte deshalb sicherzustellen, dass mit Agrar-Fördergeldern keine unsozialen und Umwelt zerstörenden Maßnahmen finanziert werden. Die Zahlungen müssten an Leistungen gebunden sein, die der Gesellschaft nutzen, sagte die Agrarreferentin beim WWF Tanja Dräger de Teran.

#### Informationsfreiheitsgesetz als Grundlage

Die Transparenzinitiative sieht in der Offenlegung der Subventionen einen ersten Schritt zu einer nachhaltigeren Agrarpolitik. Die Grundlage für die Einforderung von Informationen über Agrarzuschüsse ist das europäische Informationsfreiheitsgesetz, das seit 2006 gilt. Laut diesem Gesetz ist allen Bürger/innen freier Zugang zu Informationen garantiert, die den öffentlichen Verwaltungen vorliegen. Allerdings befürchten die in der Initiative zusammengeschlossenen Organisationen, dass dies in der Praxis erst vor Gericht erstritten werden muss. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Tanja Dräger de Teran, Referentin für internationale Agrarpolitik, Große Präsidentenstr. 10, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308742-13  
eMail: draeger@wwf.de  
www.wwf.de

Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen  
www.wer-profitiert.de

Transparenz-Initiative der EU-Kommission:  
www.europa.eu.int/comm/commission\_barroso/kallas/transparency\_de.htm

### BSE-Kontrollen: Sicherheit soll Vorrang behalten

#### Europa-Grüne: Risikomanagement weiter wissenschaftlich überwachen

Nachdem Anfang Mai das Exportverbot für britisches Rindfleisch in der EU aufgehoben wurde, debattierte Mitte des Monats das Europäische Parlament über den weiteren Umgang mit der Rinderseuche BSE. In einer Stellungnahme für den Agrarausschuss kritisierte die Fraktion Grüne/EFA den Vorschlag der EU-Kommission, die Lockerung des Krisenmanagements auf dem Verwaltungsweg abzuwickeln. Der Grünen-Politiker und Vizevorsitzende des Ausschusses Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf forderte, diesen Übergang in einem geregelten, demokratischen Prozess zu gestalten.

Auch wenn die vor Jahren befürchteten BSE-Szenarien nicht eingetreten seien, dürfe man nicht leichtsinnig werden, sagte Graefe. Bei Risikomaterialien wie Rückenmark und bei der Überwachung der Krankheit in den Wiederkäuerbeständen müsse man streng bleiben. Die Vorschriften zur Bekämpfung von BSE könnten flexibler gestaltet werden, die Qualität der Kontrollen dürfe aber nicht sinken. Damit die BSE-Gefahr unter Kontrolle bleibe, müsse der Rückbau der Maßnahmen unter kontrollierten Bedingungen und wissenschaftlich überwacht erfolgen, forderte der Agrarpolitiker.

Der Ausbruch des Rinderwahns hatte zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses im Europäischen Parlament geführt. Das bestehende Überwachungssystem für die Lebensmittelsicherheit in der EU, das die Rückverfolgbarkeit von Produkten „vom Erzeuger zum Verbraucher“ vorsieht, ist in Folge der Rinderseuche entstanden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Agrarbüro, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, ASP 8 G 351, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2845154  
eMail: fgraefe@europarl.eu.int  
www.graefezubaringdorf.de

## **Unabhängige Experten für EFSA gefordert**

### **FoEE: EU-Lebensmittelaufsicht braucht wissenschaftliche Neutralität**

Vor der Neubesetzung des Experten-Gremiums der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Juni ist erneut Kritik an deren Arbeit laut geworden. Friends of the Earth Europe (FoEE) warfen der EFSA ein zu enges Verhältnis zur Gentechnik-Industrie vor. Laut FoEE kann die Aufsichtsbehörde das Vertrauen der Öffentlichkeit nur dann erlangen, wenn sie ihre Verquickung mit Biotech-Konzernen löse und neutrale Wissenschaftler/innen in den Expertenrat berufe.

### **Experten machen Lobbyarbeit für die Industrie**

Adrian Bebb von der FoEE-Gentechnik-Kampagne nannte auch zwei deutsche Experten, die gleichzeitig eine Gentechnik-Lobbyorganisation unterstützen. Einer von ihnen war mit einem anderen deutschen EFSA-Berater in einem Werbefilm der Gentechnik-Industrie aufgetreten. Unter diesen Umständen könne man der Nahrungsmittelaufsicht nicht trauen, so Bebb. Dabei spiele die EFSA bei der Markteinführung von Genfood eine Schlüsselrolle.

### **EFSA lehnte bisher keinen Antrag der Gentechnik-Industrie ab**

Umweltorganisationen monieren seit langem, dass die EFSA bisher jedem Antrag der Biotech-Industrie stattgegeben hat, selbst wenn es aus den Mitgliedstaaten erhebliche Sicherheitsbedenken gab. Auch der Rat der EU-Umweltminister und die EU-Kommission betrachten die Praxis der Lebensmittelaufsicht zunehmend skeptisch. So forderte der Rat im März die EFSA auf zu erklären, warum sie die wissenschaftlichen Einwände der Mitgliedstaaten ignoriere. Außerdem sei mehr Forschung über die Langzeitfolgen von Genpflanzen nötig. Im Frühjahr wurde ein Dokument der EU-Kommission öffentlich, in dem diese erstmals massive Zweifel an der Sicherheit der Agro-Gentechnik äußerte (EUR 06.06, S. 17). (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Friends of the Earth Europe (FoEE), Rue Blanche 15, Gentechnikexperte Adrian Bebb, B-1050 Brüssel mobil 0160 -6991951 eMail: [adrian.bebb@foeeurope.org](mailto:adrian.bebb@foeeurope.org) [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

## **Streit über Gentech-Grenzwert in Bioprodukten**

### **Zehn Agrarminister wollen 0,9 Prozent Verunreinigung nicht erlauben**

Bei der ersten Debatte im EU-Agrarministerrat über die neue EU-Ökoverordnung Ende Mai war der strittigste Punkt die Verunreinigung von Bioprodukten mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Mindestens zehn Minister forderten einen strengeren GVO-Grenzwert als 0,9 Prozent, wie er für konventionelle Lebensmittel gilt. Vor allem die gentechnik-kritischen Länder Griechenland, Italien und Österreich machen sich dafür stark.

EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel sagte dagegen, ein geringerer GVO-Grenzwert als 0,9 Prozent bedeute schärfere Auflagen und damit mehr Kosten für Biobauern. Die Öko-Branche selbst sieht dies jedoch anders. Ihr deutscher Dachverband BÖLW forderte, die aktuelle Ökoverordnung zur Grundlage der Revision zu machen. Sie habe sich bewährt und genieße das Vertrauen der Verbraucher.

### **Grenzwert für konventionelles Saatgut**

Der Agrarministerrat forderte außerdem die EU-Kommission auf, einen Vorschlag für einen GVO-Grenzwert für konventionelles Saatgut vorzulegen. Laut der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission würden 0,5 Prozent GVO im Saatgut noch das Einhalten der 0,9-Prozent-Schwelle im Endprodukt ermöglichen. Umweltverbände wie Friends of the Earth (FoEE) fordern dagegen für Saatgut ein Verbot für GVO oberhalb der Nachweisgrenze von 0,1 Prozent (EUR 04.06, S. 9). Die Kommission sagte zu, die Effizienz und Nachweisbarkeit verschiedener Schwellenwerte weiter zu prüfen, nannte aber keinen Termin für einen Vorschlag. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Friends of the Earth Europe (FoEE), Gentechnikexpertin Helen Holder, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel Tel. 0032 2 / 5420180 eMail: [helen.holder@foeeurope.org](mailto:helen.holder@foeeurope.org) [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin Tel. 030 / 28482-300, Fax -309, eMail: [info@boelw.de](mailto:info@boelw.de) [www.boelw.de](http://www.boelw.de)

## **Newsticker**

### **Grüne: Vertrauen in biologische Lebensmittel sichern**

Die Grünen im Europaparlament haben an den EU-Agrarministerrat appelliert, die hohen Standards für den Ökolandbau nicht aufzugeben. Sie forderten vor der Ratssitzung Ende Mai (siehe Beitrag links) die wesentlichen Punkte der neuen Ökoverordnung „in demokratischen Verfahren, unter Einbeziehung der Öffentlichkeit, des Parlaments und der betroffenen Verbände“ zu verabschieden. Der Vorschlag der EU-Kommission lässt aus Sicht der Grünen zu viele Details offen, die später von der Verwaltung hinter verschlossenen Türen festgelegt würden. Die Verbraucher/innen müssten erfahren, woher ihr Essen komme. (mbu)

● Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament - Agrarbüro, Tel. 0032 2 / 284-5154, eMail: [fgraefe@europarl.eu.int](mailto:fgraefe@europarl.eu.int)

### **Verbraucher/innen wollen EU-Gelder nur für umweltfreundliche Landwirte**

In einer Meinungsumfrage des ipsos-Instituts im Auftrag des WWF in Deutschland haben 96 Prozent der Befragten erklärt, dass nur Bauern EU-Zuschüsse erhalten sollten, die umweltfreundlich anbauen und ihre Tiere artgerecht halten. Die Praxis sieht aber laut WWF ganz anders aus. Von 40 Milliarden Euro Agrarsubventionen gehen lediglich zwei Prozent an ökologisch wirtschaftende Bauern. Die meisten Mittel kassieren landwirtschaftliche Großbetriebe. Die Förderung für ländliche Räume und für Kleinbauern wurde kürzlich um 40 Prozent gekürzt. (mbu)

Quelle: [www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/03083](http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/03083)

### **Rumänien plant Ausstieg aus Gensoja-Produktion**

Wegen des geplanten EU-Beitritts will Rumänien ab 2007 den Anbau von gentechnisch verändertem Soja verbieten. Nach Schätzungen von Greenpeace Österreich sind in Rumänien gut 90 Prozent der Sojabohnen genmanipuliert, das rumänische Agrarministerium spricht von 75 Prozent. Das Land hatte jahrelang billiges Saatgut für das herbizidtolerante Gensoja von Monsanto erhalten. Da die Sorte in der EU nicht zugelassen ist, will Rumänien aussteigen. Allerdings gibt es bisher keine Forschung zu Ausstiegsszenarien. (mbu)

Quelle: Telepolis, 14.06.2006 ■

### REACH: Streit und Pragmatismus

#### Verheugen wehrt sich gegen „Diffamierungen“

EU-Industriekommissar Günter Verheugen hat Äußerungen, wonach die Kommission die Chemikalienverordnung REACH abschwächen wolle, um große Chemieunternehmen zu schützen, als „durch und durch diffamierend“ bezeichnet. Anschuldigungen, die EU-Kommission habe „Gesundheit und Umweltschutz auf dem Altar der Bedenkenträger aus der Chemiegroßindustrie geopfert“, seien falsch. Die Kommission habe vielmehr den Erhalt von Arbeitsplätzen einerseits und hohe Umwelt-, Sozial- und Tierschutzstandards andererseits miteinander versöhnt, sagte Verheugen in einer Rede vor dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments. ●

Die Bedenken der Kommission hätten nicht „BASF und anderen großen Unternehmen“, sondern kleinen und mittleren Unternehmen gedient. Er sei in seinem Ansatz im Konflikt zwischen Umwelt und Wirtschaft missverstanden worden, sagte Verheugen. „Nichts, was ökologisch falsch ist, kann ökonomisch richtig sein“, sagte er den EU-Parlamentarier/innen, die er aufforderte, der hochrangigen Gruppe zu Wettbewerb, Umwelt und Energie beizuwohnen. Bis jetzt sind die vier dem Parlament zugedachten Plätze in der Gruppe unbesetzt, da es Bedenken gibt, solche beratenden Gremien könnten die Legislativrechte des Parlaments untergraben.

#### EU-Handelspartner wollen Abschwächung von REACH

Eine Gruppe der wichtigsten Handelspartner der EU hat die europäische Politik bei einem Treffen in der US-Handelskammer in Brüssel aufgefordert, ihre Pläne für die Reform der Chemikalienpolitik abzuschwächen. Angeführt wurde die „diplomatische Mission“ von den USA, unterstützt von zwölf weiteren Ländern<sup>1</sup>. Ein solches koordiniertes Vorgehen bei der Kritik an den EU-Plänen ist bisher einzigartig. Die gemeinsame Stellungnahme<sup>2</sup> warnt vor „gravierenden Konsequenzen“ für sich entwickelnde Ökonomien, wenn REACH so

beschlossen würde. Außerdem seien der Gesetzgebungsprozess und die Durchsetzungsvorbereitungen „undurchsichtig“. Die EU solle sich mehr auf Risiken konzentrieren statt die „Wettbewerbs-Umwelt“ zu schwächen. Besonders die Forderung des EU-Parlaments nach verpflichtender Substituierung gefährlicher Stoffe würde „unnötige Marktschranken ohne klare Umweltvorteile“ bedeuten.

#### Gemeinsamer Standpunkt des Rates veröffentlicht

Die Umweltorganisation WWF kritisierte das Vorgehen der Regierungen. Ihre Einwände seien „nicht auf dem neuesten Stand“. So gebe es bedeutsame Vorteile für Entwicklungsländer etwa durch bessere Sicherheitsinformationen.

Der Europäische Rat hat am 12. Juni seinen Entwurfstext für einen Gemeinsamen Standpunkt zu REACH veröffentlicht. ● Das REACH-Paket besteht aus einer Verordnung, die nach In-Kraft-Treten sofort EU-weite Gültigkeit erhält, und einer Richtlinie, die die bereits existierende Gesetzgebung erweitern soll.

Inzwischen wird auch Hilfe auf der „operativen Ebene“ angeboten. So hat das Europäische Chemikalienbüro, eine Einrichtung der EU, eine Leitlinie entwickelt, um Behörden bei der Genehmigung von gefährlichen Chemikalien zu unterstützen. Der Europäische Chemieverband Cefic wiederum will ein Beratungszentrum („ReachCentrum“) für die Industrie einrichten, das beim Umgang mit der neuen Gesetzesregelung helfen und eine gemeinsame Chemikalienregistrierung von Konsortien ermöglichen soll. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

WWF, Noemi Cano, DetoX-Kampagne, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 7438806  
eMail: ncano@wwfepo.org

Rede von Kommissar Verheugen:  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference SPEECH/06/371)

Gemeinsamer Standpunkt des Rates (PDF, 1,78 MB):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st07/st07524.de06.pdf>

Quellen: Environment Daily,  
17.05./13.06./14.06.06

### Chemikalien machen Eisbären, Belugas und Robben krank

#### WWF befürchtet Artensterben in der Arktis

Nach einer neuen WWF-Studie verdichten sich die Hinweise, dass gefährliche Chemikalien schon jetzt die Gesundheit von Polartieren wie Eisbären, Belugas (Weißwale), Robben und Seevögeln massiv schädigen. Zwar gebe es noch keine endgültigen Beweise für den Zusammenhang zwischen Umweltgiften auf der einen und hormonellen Störungen, Schwächungen des Immunsystems oder Verhaltensänderungen der Tiere auf der anderen Seite. Studien belegten aber, dass Eisbären und Beluga-Wale stark mit verbotenen PCBs (Polychlorierten Biphenylen) und Pestiziden verseucht sind. Wissenschaftler betonen, dass neuere, noch zulässige Chemikalien, wie bromierte Flammenschutzmittel aus Elektrogeräten und Teppichen sowie Perfluorverbindungen aus Anti-Haft-Beschichtungen von Pfannen, die Belastung zusätzlich verstärken.

#### „REACH ist zu schwach“

Die Umweltgifte gelangen durch die Luft und durch Flüsse und Meere aus den Industrieregionen in die Arktis. Deswegen fordern der WWF und andere Umweltorganisationen eine dringende und erhebliche Verstärkung der europäischen Chemikalienverordnung REACH (siehe Beitrag links). In seiner derzeit vorgeschlagenen Fassung werde REACH bei der Aufgabe versagen, die gefährlichsten Chemikalien zu identifizieren und zu ersetzen. Nur ein starkes REACH könne „den chemischen Fußabdruck in der Arktis und auf der ganzen Welt drastisch verkleinern“.

Der WWF befürchtet, dass die Wechselwirkung von giftiger Verschmutzung mit anderen Bedrohungen der Arktis, wie der Klimawandel, der Lebensraumverlust und schlechtere Nahrungsbedingungen, das Überleben einiger Arten gefährdet. Außerdem habe die chemische Verschmutzung Auswirkungen auf die Gesundheit indigener Völker, die sich traditionell aus dem Meer ernähren. (mr) ■

#### • Weitere Informationen

WWF, Karoline Schacht, Chemikalienexpertin  
Tel. 0162 / 1038692  
[www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/03085](http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/03085)

<sup>1</sup> Australien, Brasilien, Chile, Indien, Israel, Japan, Malaysia, Mexiko, Singapur, Südafrika, Südkorea, und Thailand unterstützen die Stellungnahme.

<sup>2</sup> Stellungnahme (engl.):  
[http://useu.usmission.gov/Dossiers/Chemicals/Jun0806\\_REACH\\_Statement.asp](http://useu.usmission.gov/Dossiers/Chemicals/Jun0806_REACH_Statement.asp)

## Umweltausschuss stimmt für Kompromiss bei Feinstaub

### Überschreitung der Grenzwerte an 55 statt bisher 35 Tagen möglich

Ende Juni hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments einem Kompromiss bei der Festlegung von Grenzwerten von Feinstaub zugestimmt. Die Revision der Feinstaub-Richtlinie, die seit Januar 2005 in Kraft ist, schwächt bereits gültige Regelungen ab: Künftig soll eine Überschreitung der Grenzwerte an 55 statt an 35 Kalendertagen im Jahr möglich sein. Außerdem sollen Städte und Kommunen bis zu zehn Jahre mehr Zeit haben, die Auflagen zu erfüllen.

### Neue Regelungen für Feinpartikel

Für Feinstaub-Partikel in der Größe von 10 Mikrometern (PM<sub>10</sub>) sollen von 2010 an schärfere Grenzwerte von 30 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft gelten. Ab 2015 sollen nach Meinung des Umweltausschusses auch Grenzwerte für noch kleinere Partikel (PM<sub>2,5</sub>) gelten - diese sind nach Ansicht von Expert/innen sehr gefährlich für die Gesundheit, da sie tief eingeatmet werden. Der beschlossene Ziel- und Grenzwert für PM<sub>2,5</sub> liegt bei 20 µg/m<sup>3</sup>.

Mit 39 Ja- zu 11 Nein-Stimmen fiel der Beschluss des Umweltausschusses relativ eindeutig. Liberale (mit Berichterstatter Holger Kraemer), Christ- und Sozialdemokraten begrüßten das Ergebnis, während die grüne Abgeordnete Helga Trüpel das Ergebnis "ökologisch indiskutabel" und auch ökonomisch unsinnig nannte. Die Autoindustrie müsse sich modernisieren und Feinstaubfilter serienmäßig einbauen - dazu bedürfe es politischen Drucks. Auch Umweltverbände hatten im Vorfeld mehrfach vor einer Abschwächung der Feinstaub-Richtlinie gewarnt (EUR 06.06, S. 23). (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: AP 21.06.06  
www.finanzen.de  
www.helgatruepel.de

## Newsticker

### Sterblichkeit steigt schon nach zwei Jahren höherer Luftverschmutzung

Schon zwei Jahre in verdreckter Großstadtluft können für Herz- und Lungenerkrankte, Rheumatiker/innen und Diabetiker ein tödliches Risiko darstellen. Dass Feinpartikel in der Luft Langzeitfolgen haben, ist seit längerem bekannt. Eine neue US-Studie hat nun aber ergeben, dass die Sterblichkeit schon nach zwei Jahren Kontakt mit durch Feinpartikel verschmutzter Luft („Exposition“) erheblich erhöht ist. Die Forscher untersuchten die Daten von 34 US-Städten über einen Zeitraum von 15 Jahren und bezogen sich besonders auf Feinpartikel der Größe bis 10 Mikrometer (PM<sub>10</sub>). Eine Erhöhung der PM<sub>10</sub>-Konzentration um 10 µg/m<sup>2</sup> lässt nach zwei Jahren die Mortalitätsrate von Diabetiker/innen um 32 %, um 28 % bei COPD-Kranken<sup>1</sup>, 27 % bei Patient/innen mit kongestiver Herzinsuffizienz und um 22 % bei Menschen mit entzündlichen Beschwerden ansteigen. (jg)

Quelle: www.medscape.com

### Feinstaub-Städtekarte für Spanien

Wer in den Spanienurlaub fahren will, kann sich vorher erkundigen, welche Städte die größte Luftverschmutzungsrate aufweisen. Die spanische Umweltorganisation „Ecologistas en acción“ hat eine Städtekarte veröffentlicht, auf der per Farbtupfer vermerkt ist, an wie vielen Tagen pro Jahr die Feinstaub-Grenzwerte überschritten werden. Den größten Negativrekord hält Barcelona mit 184 Tagen, gefolgt von Oviedo (174), Zaragoza (167) und Madrid (124). (jg)

www.ecologistasenaccion.org/IMG/jpg/CalidadAireMAPASpain.jpg

### Ozonwerte im Sommer 2005 häufig zu hoch

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat einen Bericht über die bodennahen Ozonwerte des letztjährigen Sommers veröffentlicht. Besonders in Südeuropa wurden die in der Ozon-Richtlinie (2002/3/EG) geregelten Grenzwerte von 180 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft oft überschritten, was der Tendenz der letzten Jahre entspricht. Der absolute Ozon-Spitzenwert wurde mit 361 µg/m<sup>3</sup> in Portugal gemessen. Werte zwischen 300 und 360 µg/m<sup>3</sup> wurden aber auch in Griechenland,

Italien, Frankreich, Rumänien und Spanien erreicht. Häufig lagen die Werte auch über dem von der EU bis 2010 angestrebten „Zielwert für den Schutz der menschlichen Gesundheit“. 120 µg/m<sup>3</sup> Ozon als höchster Acht-Stunden-Tagesmittelwert darf dabei an maximal 25 Tagen pro Kalenderjahr überschritten werden. (jg)

Quelle: [http://reports.eea.europa.eu/technical\\_report\\_2006\\_3/en](http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2006_3/en)

### Ambitionierte CAFE-Strategie kann Leben retten und Kosten sparen

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat Anfang Juni einen Bericht vorgelegt, in dem die Effekte einer Reduzierung von Kohlendioxidemissionen untersucht wurden. Weniger CO<sub>2</sub> würde sowohl weniger Luftverschmutzung bedeuten als auch erhebliche Kosten einsparen, so die EEA. Bei einem im mittleren Bereich befindlichen Szenario innerhalb der CAFE-Strategie (EUR 10.05, S. 25) hochgerechnet bis zum Jahr 2030 könnten Kosten von 10 Mrd. Euro pro Jahr eingespart werden. Außerdem gelänge es damit rund sieben Prozent vorzeitiger Todesfälle durch Luftverschmutzung zu verhindern. Bei dem Szenario mit der meisten CO<sub>2</sub>-Reduzierung könnten rund ein Drittel aller luftverschmutzungsbedingten vorzeitigen Sterbefälle verhindert werden, so die EEA. Außerdem könne die Versauerung der Wälder und die Gewässereutrophierung um je 75 Prozent verringert werden. (jg)

[http://reports.eea.europa.eu/technical\\_report\\_2006\\_4/en](http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2006_4/en)

### EU lässt Nutzung von über 1600 Tonnen Methylbromid zu

Der Verbrauch des Pestizids Methylbromid in der EU ist für das Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 42 % reduziert worden. Methylbromid ist extrem Ozonschicht-schädigend und fällt unter die Vereinbarungen des Montrealer Protokolls für Klimaschutz. In den Industriestaaten ist Methylbromid verboten und nur noch für bestimmte Zwecke wie Quarantänemaßnahmen und Behandlungen von Tieren vor dem Transport zugelassen. Der Verbrauch liegt jetzt bei rund 1600 Tonnen - weniger als im letzten Jahr, aber über der ursprünglich geplanten Grenze von 1000 Tonnen. (jg)

Quelle: Environment Daily, 23.05.06;  
[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/L\\_130/L\\_13020060518en00290036.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/L_130/L_13020060518en00290036.pdf)

<sup>1</sup> Chronisch-obstruktive Bronchopneumopathie.

## Mehr EU-Mittel für saubere Energien

### Parlament will Forschungsausgaben für Erneuerbare erhöhen...

Das Europäische Parlament hat in einer Abstimmung über das nächste siebenjährige Forschungs- und Entwicklungsprogramm (F&E-Programm) von 2007 bis 2013 eine Erhöhung der Ausgaben für Energieforschung auf 2,4 Milliarden Euro beschlossen. Zwei Drittel dieser Mittel (1,6 Mrd.) sollen für die Erforschung der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz verwendet werden. Dies entspricht gegenüber dem Kommissionsvorschlag vom April einer Steigerung um 450 Millionen Euro. Im Gegenzug beschloss das Parlament in einer Parallelabstimmung, vier Milliarden Euro für die Atomforschung und Trainingsmaßnahmen im Rahmen von EURATOM zur Verfügung zu stellen.

### ...aber weiter vier Milliarden für Atomforschung aufwenden

Umweltschützer lobten den Vorschlag des Parlaments, zwei Drittel der nicht-nuklearen Forschungsmittel an die Unterstützung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu binden. Nach dem Kommissionsvorschlag sollen diese Gelder nicht an einen bestimmten Zweck gebunden werden. Die Unterstützung der Atomforschung wurde hingegen von Umweltverbänden scharf kritisiert. Greenpeace wertete den Beschluss als „Eigentor des Parlaments, das der Zukunft ein gefährliches Erbe hinterlässt“.

Das 7. Forschungsrahmenprogramm verfügt über ein Gesamtbudget von 50,5 Milliarden Euro. Das sind 13 Milliarden mehr als im 6. Rahmenprogramm. Im Juli muss der Ministerrat endgültig über das Programm entscheiden. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Greenpeace European Unit, Frauke Thies, Campaignerin Erneuerbare Energien, Rue Belliard 199, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 477 / 790415  
eMail: frauke.thies@gmx.de  
<http://eu.greenpeace.org/issues/energy.html>

## Schleppende Umsetzung der Energieeffizienz-Gesetzgebung

### EU-Parlament kritisiert mangelhaftes Engagement der Mitgliedstaaten

Das Europäische Parlament hat die EU-Kommission aufgefordert, angemessene Maßnahmen gegen Mitgliedstaaten zu ergreifen, die die bestehende europäische Energieeffizienz-Gesetzgebung bisher nicht in nationales Recht überführt haben. Die EU hätte nach Ansicht des Parlaments bereits die Hälfte des geplanten Energieeinsparungsziels von 20 Prozent erreichen können, wenn die Mitgliedstaaten die EU-Gesetzgebung vollständig umgesetzt hätten.

Die bereits in Kraft getretenen Maßnahmen beinhalten folgende Richtlinien:

- Richtlinie zur Reduktion des Energiekonsums in Gebäuden,
- Richtlinie zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung,
- Richtlinie zur Reduktion des Energieverbrauchs von Haushaltsgeräten (Öko-Design-Richtlinie).

Die Richtlinie zu Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen muss bis 2007 umgesetzt werden.

In einem Bericht betonten die Parlamentsmitglieder, die Energieeffizienz sei „in Zeiten von hohen Ölpreisen die schnellste, günstigste und effektivste Weise, dem Energieproblem zu begegnen, die Abhängigkeit von Energieimporten zu senken und den Klimawandel zu bekämpfen.“

### Branchenverband: Gebäudeisolierung ermöglicht Milliarden-Einsparungen

Das Parlament unterstrich insbesondere die Bedeutung des Gebäudesektors, der 41 Prozent der Energie beansprucht. Nach Angaben des europäischen Branchenverbandes der Isolierungshersteller EURIMA könnten jährlich 270 Milliarden Euro durch eine bessere Gebäudeisolierung eingespart werden. Dafür müssten die europäischen Regierungen die 2002 verabschiedete Gebäuderichtlinie konsequent umsetzen und außerdem auf kleinere Häuser ausweiten. Bisher gilt die Richtlinie nur für Gebäude über 1000 m<sup>2</sup> Nutzfläche. Dabei liegen laut EURIMA gerade in den kleinen Gebäuden 90 Prozent der potenziellen CO<sub>2</sub>- und Kosten-Einsparungen brach. Eine Ausweitung der Richtlinie könne bis 2032 CO<sub>2</sub>-Reduktionen im Umfang von 460 Millionen Tonnen im Jahr bewirken - mehr als der gesamte Umfang

der EU-Kyoto-Verpflichtung. Außerdem würden innerhalb der EU 530.000 Vollzeitarbeitsplätze entstehen.

### Energieeffizienzrichtlinie für Verkehrssektor

Die Parlamentarier/innen forderten die Kommission außerdem auf, einen Richtlinien-Vorschlag zur Energieeffizienz im Verkehrssektor zu erarbeiten, der mit 31 Prozent der zweitgrößte Energienachfrager ist. Die Kommission müsse zudem mehr tun, um den Gebrauch von emissionsarmen Fahrzeugen im öffentlichen Sektor zu fördern und den öffentlichen Verkehr zu unterstützen.

Die EU strebt bis 2010 einen durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von PKWs von 120 g/km an, wovon sie aber noch weit entfernt ist (EUR 05.06, S. 26). Bisher beruht die Strategie zur Erreichung dieses Ziels allein auf freiwilligen Vereinbarungen der Industrie. Im Juni startete die EU-Kommission eine Internet-Konsultation über die Bewertung der EU-Strategie zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Fahrzeugen und deren Kraftstoffeffizienz (siehe S. 25). Der Parlaments-Umweltausschuss fordert außerdem die Einführung der Kerosinsteuer und die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Flugzeugen, die in der EU starten und landen.

Sowohl die Haushalte als auch der Verkehr sind derzeit nicht in den Emissionshandel - das wichtigste Klimaschutzinstrument der EU - einbezogen. Die Kommission arbeitet gegenwärtig an einem Aktionsplan zu Energieeffizienz. Der Plan wird voraussichtlich im September vorgelegt. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

EURIMA - European Mineral Wool Manufacturers Association, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 62620-90, Fax -99  
eMail: [info@eurima.org](mailto:info@eurima.org)  
[www.eurima.org](http://www.eurima.org)

## US-Energieagentur glaubt nicht an Energiewende

### Starker Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen als Argument für „Clean Coal“ und AKWs

Die US-amerikanische Energy Information Administration (EIA) hat in einer neuen Energieprognose einen Anstieg des weltweiten Energieverbrauchs um 71 Prozent bis 2030 gemessen an 2003 vorausgesagt. Dadurch würden die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen im gleichen Zeitraum um 75 Prozent steigen. Die EIA rechnet nicht damit, dass das Wissen über die Gefahren der globalen Erwärmung und die Forderung nach mehr Energieeffizienz dieses rasante Wachstum stoppen können. Dieser Trend könnte nur umgekehrt werden, wenn die Entwicklung neuer Technologien massiv vorangetrieben werde. Dabei spricht sich die EIA auch für Technologien wie „Clean Coal“, CO<sub>2</sub>-Sequestrierung und -Speicherung sowie Atomkraft aus, die von Umweltschützern allesamt kritisch betrachtet werden.

### EIA: Industrie wird mehr Energie verbrauchen, Verkehr weniger

Die EIA glaubt, dass der weltweite Energieverbrauch jährlich im Durchschnitt um zwei Prozent wachsen wird. Insbesondere in den Nicht-OECD-Ländern werde die Nachfrage steigen. Der Energieverbrauch werde am stärksten im Industriesektor zunehmen, im Verkehrssektor dagegen aufgrund der steigenden Ölpreise abnehmen. Öl werde aber weiter die wichtigste Energiequelle bleiben. Der weltweite Gasverbrauch wird laut EIA jährlich um 2,4 und der jährliche Kohleverbrauch um drei Prozent zunehmen. Die weltweiten Atomenergiekapazitäten sollen von 361 Gigawatt in 2003 auf 438 Gigawatt in 2030 ansteigen, wobei der Verbrauch in Europa erheblich sinken werde. Pessimistisch sieht die EIA dagegen die Entwicklung der Erneuerbaren Energien. Sie sollen jährlich nur um ein Prozent wachsen. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Energy Information Administration (EIA), Forrestal Building, Washington, DC 20585, USA  
Tel. 001 202 / 586-8800  
eMail: infoctr@eia.doe.gov  
www.eia.doe.gov

International Energy Outlook 2006:  
www.eia.doe.gov/oiaf/ieo/pdf/0484(2006).pdf

## Milliardenprojekt Kernfusion

### 2007 Baubeginn für umstrittenen Versuchsreaktor ITER

Die EU und sechs außereuropäische Partnerstaaten haben offiziell ihre Zustimmung für den Bau des weltweit größten thermonuklearen Versuchsreaktors (ITER) gegeben. Der ITER ist ein internationales Forschungsprojekt mit dem Ziel, durch Kernfusion Energie zu erzeugen - ein Prozess, wie er in der Sonne stattfindet. Der ITER ist das weltweit kostspieligste Experiment. Die Baukosten und die Betriebskosten belaufen sich auf jeweils 4,6 Milliarden für die nächsten 20 Jahre. Die EU ist zu 50 Prozent an den Baukosten beteiligt. Die anderen Staaten - China, Indien, Japan, Russland, Südkorea und die USA - sind mit jeweils etwa zehn Prozent an den Kosten beteiligt.

Umweltgruppen halten das Mammutprojekt für eine Verschwendung von Geldern. Außerdem würden so gut wie keine Arbeitsplätze geschaffen. Milliarden von Euros für ein einziges nukleares Projekt, welches von der Realität weit entfernt ist, auszugeben, sei verantwortungslos und zeuge von schlechtem Urteilsvermögen, sagte Silvia Hermann von Friends of the Earth Europe. Umweltschützer befürchten außerdem, dass der ITER finanzielle Mittel abzieht, die für die Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien vorgesehen waren. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 00322-5420180, Fax -5375596  
eMail: info@foeeurope.org  
www.foeeurope.org

## „Du kontrollierst den Klimawandel“

### EU-Kommission startet Klimaschutzkampagne

Die EU-Kommission hat eine Klima-Sensibilisierungskampagne unter dem Motto „Du kontrollierst den Klimawandel“ ins Leben gerufen. Mit den Schlagworten „Runterdrehen - Ausschalten - Recyceln - Zu Fuß gehen“ sollen vor allem Privathaushalte angesprochen werden.

Die Haushalte verursachen etwa 16 Prozent der Emissionen von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen in der EU. Fast ein Drittel der in der EU verbrauchten Energie entfällt auf Privathaushalte, und etwa die Hälfte der Verkehrsemissionen verursachen Privatautos. Die Kampagne will die Bürger/innen nun für den Klimawandel sensibilisieren und ihnen die Zusammenhänge näher bringen. Sie will zeigen, dass durch alltägliche Handlungsweisen viel erreicht werden kann, und Bürger/innen zu kleinen, aber signifikanten Änderungen im Alltag motivieren.

### Barroso ist schlechtes Vorbild

Der Umweltverband Friends of the Earth Europe (FoEE) bezeichnete die Kampagne als unglaubwürdig. Die EU-Kommission habe es versäumt, der Autoindustrie bindende Verbrauchsobergrenzen vorzuschreiben, und Kommissionspräsident Barroso selbst fahre einen „Spritfresser“, der doppelt so viel Benzin verbrauche wie der von der EU vorgeschlagene Richtwert anstrebt. „Das Motto ‚Du kontrollierst den Klimawandel‘ scheint sich Barroso persönlich nicht zu Herzen zu nehmen“, kritisierte Jan Kowalzig, Klimacampaigner bei FoEE. Barroso sagte zu der Kritik, es sei nicht die Aufgabe der Kommission, fortwährend moralisierend aufzutreten. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 00322-5420180, Fax -5375596  
eMail: info@foeeurope.org  
www.foeeurope.org  
www.climatechange.eu.com

## Newsticker

### **Klimakonferenz in Bonn erreicht nur kleine Erfolge**

Auf der im Mai in Bonn tagenden 11. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention (UNFCCC) stand die Weiterentwicklung der Klimapolitik nach der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 im Vordergrund. Die Kyoto-Unterzeichner einigten sich auf einen Arbeitsplan, um Reduktionsziele für die Zeit nach 2012 umzusetzen. Alle Teilnehmenden zeigten sich bemüht, kein Loch nach Ende der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode entstehen zu lassen. Bei der Frage, wie auf auftretende Folgen des Klimawandels zu reagieren sei, machten die Vertragsstaaten wenig aber Fortschritte. Der WWF begrüßte, dass der Prozess nun ins Rollen gekommen sei. Trotzdem könne man vor 2008 oder 2009 - wenn das Protokoll offiziell überprüft wird - nicht mit greifbaren Fortschritten rechnen. Das 12. Vertragsstaaten treffen wird im November in Nairobi stattfinden. (tl)

Quelle: <http://unfccc.int>  
[www.panda.org/about\\_wwf/what\\_we\\_do/climate\\_change/news](http://www.panda.org/about_wwf/what_we_do/climate_change/news)

### **Sondergutachten: Klimawandel bedroht Meere und Küstenstädte**

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBGU) hat ein Sondergutachten über die Auswirkungen der globalen Klimaerwärmung auf die Weltmeere veröffentlicht. Der Bericht warnt vor dramatischen Folgen des Klimawandels für die Meere und die Menschheit. „Die Oberflächenschichten erwärmen sich, der Meeresspiegel steigt immer rascher an, die Meere versauern zunehmend und die Meeresökosysteme sind bedroht“, heißt es in dem Gutachten. Um Schlimmes zu verhindern, müsse der Treibhausgasausstoß bis 2050 halbiert werden. Würde nichts getan, könne der Meeresspiegel bis 2100 möglicherweise um einen Meter ansteigen. Dadurch wäre die Existenz von Städten wie Venedig, St. Petersburg und New York direkt bedroht. Die Menschen, die in Küstengebieten leben, seien zunehmend Überflutungs- und Wirbelstürmen ausgesetzt. (tl)

Quelle: WBGU-Bericht: „Die Zukunft der Meere - zu warm, zu hoch, zu sauer“  
[www.wbgu.de/wbgu\\_sn2006.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_sn2006.pdf)

### **Klimawandel trifft arme Länder stärker als reiche**

Ärmere Länder sind von Stürmen und Hochwasser weit stärker betroffen als reichere Staaten. Dies geht aus dem globalen Klima-Risiko-Index 2006 von Germanwatch hervor. Im Jahr 2004 gab es der Analyse zufolge in Somalia relativ gesehen die heftigsten wetterbedingten Schäden, gefolgt von der Dominikanischen Republik, Bangladesch, den Philippinen und China. Für den Bericht wurde die jeweilige Schadenshöhe ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt. Die USA belegten dadurch nur den neunten Platz, trotz der absolut höchsten Schäden von fast 50 Milliarden Dollar. Die Karibik und Mittelamerika sind von der Klimaänderung besonders betroffen. Seit Mitte der 90er Jahre ist dort die Häufigkeit schwerer Hurrikane um rund 170 Prozent gestiegen. (tl)

Quelle: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

### **Schweden besteuert Flugtickets**

Die schwedische Regierung führt eine Ticketsteuer ein. Sie will damit den Flugverkehr für die von ihm ausgehende Umweltbelastung zumindest teilweise zur Kasse bitten. Für innereuropäische Flüge werden zehn, für außereuropäische Flüge 20 Euro fällig. Ursprünglich sollten Fernflüge 45 Euro teurer werden. Der nationale Alleingang wird mit einer staatlichen Verantwortung begründet. Die nationale Steuer sei ein Notbehelf, da es noch keine europäische Regelung gibt. Auch eine Kerosinsteuer wird weiter diskutiert. (tl)

Quelle: taz 06.06.06

### **Fliegen nachts und im Winter besonders schädlich**

Klimaforscher der Universität Reading in Großbritannien haben festgestellt, dass Nachtflüge und Flüge im Winter wesentlich stärkere Auswirkungen auf das Klima haben als Tag- und Sommerflüge. Der zusätzliche Klimaeffekt entsteht durch die Kondensstreifen. Diese Eiswolkenstreifen bilden sich durch Flugzeugabgase. In Flughöhen mit hoher Luftfeuchtigkeit und einer Temperatur unter minus 40 Grad gefriert der ausgestoßene Wasserdampf an den Abgaspartikeln zu winzigen Eiskristallen. Die künstlichen Eiswolken reduzieren zwar die Sonneneinstrahlung, fangen aber auch die von der Erdoberfläche abgegebene Infrarotstrahlung ab und tragen so zur Erwärmung bei. Der zweite Effekt ist insgesamt größer. Die Forscher fanden heraus, dass Flüge zwischen De-

zember und Februar etwa die Hälfte der vom Flugverkehr verursachten Klimaerwärmung ausmachen, obwohl sie nur einen Anteil von 22 Prozent haben. Flüge zwischen sechs Uhr abends und sechs Uhr morgens machen nur ein Viertel aller Flüge aus, trotzdem steuern sie einen Anteil von 60 bis 80 Prozent zur Erwärmung bei. (tl)

Quellen: [www.ametsoc.org](http://www.ametsoc.org)  
[www.mpimet.mpg.de/presse/faqs/welche-rolle-spielen-kondensstreifen-fuer-unser-klima.html](http://www.mpimet.mpg.de/presse/faqs/welche-rolle-spielen-kondensstreifen-fuer-unser-klima.html)

### **Energiesparende Gebäude könnten 270 Milliarden jährlich einsparen**

270 Milliarden Euro pro Jahr könnten in der EU jährlich an Energiekosten gespart werden, wenn es „konzertierte Anstrengungen“ für besser isolierte Gebäude gäbe. Das hat die europäische Vereinigung der Mineralwolle- und Dämmmaterialunternehmen (Eurima) Anfang Juni den EU-Energieministern für ihre Ratstagung mit auf den Weg gegeben. Die Zahl stammt von einer Studie des Beratungsunternehmens Ecofys, das sich auf Energieeinsparungen spezialisiert hat. Eurima nannte die Zahl einen „Weckruf“ für politische Aktionen der EU, um die Potenziale energiesparender Gebäude auszunutzen. (jg)

Quellen: [www.eurima.org](http://www.eurima.org) (Presse, 08.06.06), Environment Daily, 08.06.06

■

## Neuer EU-Aktionsplan zum Erhalt der Biodiversität

### EU-Kommission räumt Gefährdung des „2010-Ziels“ ein

In einer Mitteilung<sup>1</sup> hat die Europäische Kommission am 22. Juni eine politische Strategie zur Eindämmung des Verlusts der Biodiversität bis 2010 und darüber hinaus angekündigt. Enthalten ist ein EU-Aktionsplan, in dem konkrete Maßnahmen und Zuständigkeiten genannt werden. Außerdem enthält die Mitteilung Indikatoren zur Überwachung der Fortschritte und einen Zeitplan für die Umsetzung und Bewertungen.

Hintergrund sind die mangelnden Fortschritte in dem Bemühen, den Rückgang der Artenvielfalt bis 2010 aufzuhalten, worauf sich die Europäische Union 2001 in ihrem „2010-Ziel“ geeinigt hatte. So wird in der Mitteilung eingeräumt, dass die bisherigen Maßnahmen, wie die EU-Biodiversitätsstrategie von 1998 und ihre vier Aktionspläne aus dem Jahr 2001, nur ungenügende Ergebnisse erbracht hätten. Trotzdem sei das 2010-Ziel noch zu erreichen. Die angekündigten Maßnahmen versteht die EU-Kommission als Antwort auf den vor drei Jahren durchgeführten Stakeholder-Evaluationsprozess der EU-Biodiversitätspolitik und der daraus entstandenen „Botschaft von Malahide“<sup>2</sup> aus dem Jahr 2004.

### Klare Zuständigkeiten für eine Kehrtwende im Artenschutz?

Der neue Aktionsplan versucht als „Neuerung“ klare Maßnahmen und Zeithorizonte zu setzen und die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen den EU-Organen und den Mitgliedstaaten zu klären. Dafür werden vier Schwerpunkte gesetzt:

**1. Biodiversität innerhalb der EU:** Eine stärkere Verpflichtung der Mitgliedstaaten, das Natura-2000-Netzwerk unter Ausnutzung bestehender rechtlicher Möglichkeiten durch die reformierte EU-Agrar- und Fischereipolitik umzusetzen; dies insbesondere im marinen Bereich und in den

neuen Mitgliedstaaten. Stärkere Integration der Biodiversitätspolitik in andere Politikbereiche wie Wirtschaft (Lissabon-Strategie), Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

**2. Globale Biodiversität:** Verstärkte Synergien zwischen Handels- und Entwicklungspolitik, stärkere Umsetzung der UN-Biodiversitätskonvention.

**3. Biodiversität und Klimawandel:** Einhaltung der Kyoto-Ziele, Maßnahmen zur Artenanpassung an den Klimawandel (Natura-2000-Korridore).

### 4. Verbesserung der Wissensgrundlage.

Flankiert werden soll der Aktionsplan durch eine Auswahl von Bewertungsindikatoren und eine angemessene Finanzierung aus bestehenden Finanztopfen wie Struktur- und Entwicklungsfonds, LIFE+, Forschungsrahmenprogramm und Fischereifonds. Die Umsetzung der Ziele sollen in erster Linie durch eine verbesserte Anwendung bestehenden Rechts erfolgen, eine jährliche Berichterstattung ist vorgesehen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte, dass die Kommission die Dringlichkeit verstärkter Maßnahmen zum Stopp des Artenrückgangs erkannt habe und detaillierte Schritte benenne. Schwerpunkte müssten das Natura-2000-Netzwerk, die Integration der Biodiversitätspolitik in andere Politikbereiche und die konsequente Anwendung von Umweltverträglichkeits- und strategischen Umweltprüfungen sein, so das EEB. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Pieter de Pous, 34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Brüssel  
eMail: pieter.depous@eeb.org  
Tel 0032 2 / 2891 306  
www.eeb.org

Weitere Quelle: Environment Daily  
22.05.06

## EU-Bodenstrategie erneut verschoben

### Meinungsverschiedenheiten zwischen Verheugen und Dimas „nicht lösbar“

Die Annahme der thematischen Strategie Boden durch die EU-Kommission ist erneut verschoben worden. Hatte sie ursprünglich Anfang Juni für die Einreichung von Änderungsvorschlägen vorgelegt werden sollen, wurde sie nun auf unbestimmte Zeit vertagt. Grund sollen nicht lösbare Meinungsverschiedenheiten zwischen Industriekommissar Günter Verheugen und Umweltkommissar Stavros Dimas sein.

### Richtlinienentwurf sieht Sanierungspläne vor

Als Kernpunkt der Strategie ist eine Richtlinie vorgesehen, die eine Bestandsaufnahme von gefährdeten und kontaminierten Standorten sowie die Erarbeitung von Sanierungsplänen durch die Mitgliedstaaten beinhaltet. Weitere Ziele sind die Reduzierung von gefährlichen Stoffeinträgen in den Boden und von Bodenversiegelung. Allein durch eine Verhinderung von Bodenkontamination könne die EU 18 Milliarden Euro pro Jahr sparen, so die Generaldirektion Umwelt der Kommission. Die Mehrausgaben lägen dagegen nur bei 60 Millionen Euro.

### Thematische Strategie vor dem Aus?

Das Europäische Umweltbüro (EEB) befürchtet nun, dass die ohnehin schon sehr verwässerte Bodenstrategie ganz fallen gelassen wird. Die Bodenstrategie ist eine von sieben thematischen Strategien, die das 6. EU-Umweltaktionsprogramm von 2002 gefordert hat. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Stefan Scheuer, 34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1304, Fax -1099  
eMail: stefan.scheuer@eeb.org  
www.eeb.org

Weitere Quelle: Environment Daily  
13.06.06

<sup>1</sup> KOM(2006)216

<sup>2</sup> Schlusspunkt des Bewertungsprozesses war eine Konferenz im irischen Malahide im Mai 2004, auf der Prioritäten und Schlüsselziele in der EU-Biodiversitätspolitik festgelegt und auf der eine Resolution, die so genannte "Message from Malahide", verabschiedet wurde.

## EU-Forstaktionsplan vorgelegt

### 18 Aktionen sollen zwischen 2007 und 2011 umgesetzt werden

Die Europäische Kommission hat am 15. Juni einen Aktionsplan zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung vorgelegt. Ziele des EU-Forstaktionsplans sind

- die Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Holzwirtschaft,
- der Umweltschutz,
- die Erhöhung der Lebensqualität und
- die Förderung von Koordination und Kommunikation.

Für die Umsetzung schlägt die EU-Kommission 18 Aktionen vor, die zwischen 2007 und 2011 von den EU-Organen und den Mitgliedstaaten umgesetzt werden sollen. Der Aktionsplan soll in Zukunft als koordinierender Rahmen für die forstpolitischen Maßnahmen auf EU- und Mitgliedstaaten-Ebene dienen. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 130 Rue de la Loi, B-1049 Brüssel, Belgien  
 Fax 0032 2 / 2950130  
[http://ec.europa.eu/agriculture/contact/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/contact/index_de.htm)

Quelle: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/06/785)

## Newsticker

### EEA-Studie: Landwirtschaft verhindert Fortschritte im Biodiversitätsschutz

Im Rahmen der „Green Week“ im Mai in Brüssel hat die Europäische Umweltagentur (EEA) eine Studie über die Fortschritte der EU veröffentlicht, den Verlust der Biodiversität bis 2010 zu stoppen. Fortschritte zu verzeichnen gibt es demzufolge für Waldökosysteme und in begrenztem Maße für Gewässer und Feuchtgebiete, während Bergregionen und marine Ökosysteme kritisch bewertet werden. Größtes Problem sind die landwirtschaftlich genutzten Flächen, die seit Jahrzehnten einen kontinuierlichen Artenrückgang zu verzeichnen haben. Dazu tragen laut EEA vor allem die Intensivierung der Landwirtschaft, Eutrophierung, Bodenversauerung, Klimaveränderung und der Einzug der Gentechnik bei. (tf)

● Europäische Umweltagentur (EEA), Kopenhagen, Tel. 0045 3 / 367100, [www.org.eea.europa.eu](http://www.org.eea.europa.eu)

### Europäischer Gerichtshof fordert Reduzierung der Wildvogeljagd

Nationale Rechtsprechung, die das Jagen von durch EU-Gesetzgebung geschützten Wildvögeln erlaubt, soll reduziert und besser kontrolliert werden. Dies forderte der Europäische Gerichtshof (EuGH) Anfang Juni in einem Urteil über die Jagd von Wildvögeln in der italienischen Lombardei, wo Umweltaktivisten des WWF einen erfolgreichen Rechtsstreit mit der Regionalregierung führten. Während die EU-Vogelschutzrichtlinie von 1979 in Ausnahmefällen nur eine Jagd einer „kleinen Anzahl“ von Vögeln erlaubt, wurden in der Lombardei von 2003 bis 2004 allein über 390.000 Finken getötet. (tf)

Quelle: Environment Daily, 12.06.06

### Artenrückgang durch Klimawandel

Durch den Klimawandel kommt es zu einer schleichenden Veränderung der Artensammensetzung der Ökosysteme und zu einem möglichen Artenrückgang. Die schon seit langem geäußerten Befürchtungen von Wissenschaftlern werden zunehmend von Ergebnissen empirischer Untersuchungen gestärkt. So hat die britische Naturschutzorganisation Royal Society for the Protection of Birds festgestellt, dass in Europa seit 1970 bei 51 von 121 Zugvogelarten ein starker Rückgang zu verzeichnen ist. Einige Arten seien bereits ausgestorben. Mögliche Ursachen seien längere Dürreperioden in den

Überwinterungsgebieten der Zugvögel und sich verändernde Zyklen vieler Beutetiere (Insekten). Vor der Küste Kaliforniens haben Wissenschaftler der University of California ermittelt, dass die Biodiversität an den dortigen Muschelbänken in den letzten 40 Jahren dramatisch abgenommen hat. Die durch die Klimaerwärmung verursachte Verschiebung der Wassertemperaturen hat offensichtlich zu der Veränderung dieser hochkomplexen und artenvielfältigen Mikrohabitaten geführt. (tf)

Quellen: Die Welt 02.06.06, pte 01.06.06



### Liberalisierung des ÖPNV in Europa

#### Öffentliche Ausschreibung bei größeren Unternehmen künftig Pflicht

Die EU-Verkehrsminister haben sich im Juni auf eine Verordnung für öffentliche Verkehrsdienste geeinigt. Danach können Kommunen künftig entweder direkt Verträge mit einem Anbieter von Verkehrsdienstleistungen abschließen oder sie müssen das Angebot öffentlich ausschreiben. Die Option richtet sich nach der Höhe der Kosten bzw. der Fahrleistung. Bis zu einer Million Euro und 300.000 Kilometern im Jahr ist keine Ausschreibung nötig. Bei einem Unternehmen mit weniger als 20 Fahrzeugen gelten 1,7 Millionen Euro und 500.000 Kilometer als Obergrenze.

Griechenland, Luxemburg und Malta, die sich für eine höhere Grenze eingesetzt hatten, enthielten sich der Stimme, ebenso Tschechien. Die Neuregelung muss noch in zweiter Lesung im Europaparlament debattiert werden.

#### Barrot: Lokale Eigenständigkeit gestärkt

EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot sagte, die Verordnung stärke die lokale Eigenständigkeit. Sie lasse den Städten und Gemeinden die Wahl. In Deutschland bleiben dadurch die Verkehrsverbände in der bewährten Form erhalten, sagte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee. Die EU-Regelung schaffe vor allem Rechtssicherheit für Kommunen und Verkehrsunternehmen. So könnten Kommunen mit eigenen Verkehrsbetrieben nun auf klarer Rechtsgrundlage eine Zusammenarbeit mit Privatanbietern organisieren, so Tiefensee. Die 4.100 kleinen und mittleren Verkehrsunternehmen in Deutschland haben noch bis 2022 Zeit sich auf die geänderten Auftragsvergabe-regeln einzustellen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Invalidenstr. 44, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 2008-2040, Fax -2059  
eMail: [presse@bmvbs.bund.de](mailto:presse@bmvbs.bund.de)  
[www.bmvbs.bund.de](http://www.bmvbs.bund.de)

### Warnung vor neuerlicher Straßenverkehrs-Förderung

#### Umweltverbände fordern Korrekturen am Weißbuch Verkehr

Das Brüsseler Umwelt-Bündnis „Green 10“ hat Ende Mai an die EU-Kommission appelliert, bei der derzeit laufenden Überarbeitung des Weißbuchs Verkehr nicht die Belange von Gesundheit, Energie und Klima zu vergessen. In einem Brief an Kommissionspräsident José Manuel Barroso kritisierten die zehn großen europäischen Umwelt- und Verkehrsverbände den Entwurf zur Revision des Weißbuchs.

#### Mehr Verkehr, mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze?

Der Hauptvorwurf: Die Prämisse der angestrebten neuen Politik sei offenbar Mobilität zu fördern, um dadurch Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Eine solche Politik stehe aber im Widerspruch zu verschiedenen anderen übergreifenden Politikfeldern, z. B. zur Nachhaltigkeitsstrategie, sagte Jos Dings, der Direktor des Europäischen Verbands für Verkehr und Umwelt (T&E). Wenn die künftige Verkehrspolitik nicht die Gesundheits-, Energie-, Klima- und Artenschutz-Politik berücksichtige, seien diese in Gefahr.

#### Verkehrsbedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen kommen zu 84 Prozent von der Straße

Das Weißbuch von 2001 sah als Hauptziel eine Verkehrswende von der Straße auf Schiene und Wasser vor, um dadurch Staus zu reduzieren. Fünf Jahre später ist der Straßenverkehr nach wie vor der bevorzugte Beförderungsweg und wird wohl auch künftig weiter wachsen. Die EU-Kommission erwartet nach eigenen Angaben bis 2010 einen Anstieg des Güterverkehrs um 50 Prozent. Allerdings steigen auch die Umweltbelastungen. Den Zahlen der Kommission zufolge sind 84 Prozent der verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen dem Straßenverkehr zuzuordnen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
eMail: [jos.dings@transportenvironment.org](mailto:jos.dings@transportenvironment.org)  
[www.transportenvironment.org](http://www.transportenvironment.org)

## Newsticker

### EU-Parlament beschließt einheitliches Zugsignalsystem für Europa

Mit großer Mehrheit (527 Ja-, 13 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen) hat das Europäische Parlament Mitte Juni den Bericht zur "Einführung des Europäischen Zugsicherungs-/Zugsteuerungs- und Signalgebungssystems ERTMS/ETCS" angenommen. Berichterstatter Michael Cramer, der auch verkehrspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion ist, nannte die Entscheidung einen „großen Schritt, um den eisenbahntechnischen Flickenteppich in Europa zu überwinden und die Schiene zu stärken“. Das System erhöhe die Sicherheit und reduziere die Bau- und Unterhaltungskosten. Der Cramer-Bericht sieht u. a. vor, dass die EU künftig Schieneninfrastruktur nur noch dann unterstützt, wenn ERTMS installiert wird. Bei grenzüberschreitenden Projekten kann die Förderung bis zu 50 Prozent betragen. Der Verkehrsausschuss des Parlaments befürwortet nun auch die sechs Korridore für den Güterverkehr in Europa, auf die sich die europäischen Eisenbahnunternehmen in ihrem "Memorandum of Understanding" mit der EU-Kommission bereits verständigt haben. (mbu)

● Michael Cramer, MdEP, Tel. 0032 2 / 28 45779, [www.michael-cramer.de](http://www.michael-cramer.de)

### Güter auf die Schiene: EU-Parlament stimmt Marco Polo II zu

Das Europäische Parlament hat zugestimmt, das Marco-Polo-Programm, das so genannte intermodale Transporte fördern soll, auch von 2007-2013 fortzusetzen. Marco Polo II hat das Ziel, einen möglichst großen Anteil des wachsenden Frachtverkehrs von der Straße auf nachhaltigere Verkehrswege zu verschieben. Das vorgesehene Budget fällt mit 400 Millionen Euro geringer aus als 2004 von der Kommission vorgeschlagen, die Kürzung steht aber nach Angaben von Parlamentarier/innen im Einklang mit der im April verabschiedeten EU-Finanzierungsrichtlinie. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 18.06.06

### Schwerverkehr belastet Alpentäler weiter schwer

Nach wie vor ist der Schwerlastverkehr über die Alpen eine der wichtigsten Quellen für Luftschadstoffe und Lärm in den dortigen Regionen. Im ersten Jahresbericht des schweizerischen Bundesamtes für Umwelt vom Frühjahr ist zwar von ei-

nem Rückgang der Luftschadstoffkonzentrationen von 2003 auf 2004 die Rede, gleichzeitig zeigen aber die Messdaten aus dem „Umweltmonitoring Flankierende Maßnahmen“, dass mehr Schwerlast auf den Transitstraßen fahren und auch mehr Emissionen verursachen. Da in den Alpentälern aufgrund der besonderen Topografie der Luftaustausch geringer ist, können die Immissions-Grenzwerte laut dem Bericht in Zukunft nur eingehalten werden, wenn der Schwerverkehr verringert wird. (mbu)

Quelle: echo, 17.04.06

[www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch)

### Konsultation zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Autos bis 7.8.

► Bei einer Online-Konsultation der EU-Kommission geht es um die Frage, wie künftig die Kohlendioxidemissionen von Autos vermindert und der Treibstoff verbessert werden sollen. Im Juli wird voraussichtlich ein Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass die Autoindustrie die vereinbarten Reduktionsziele für CO<sub>2</sub> nicht einhalten wird. Die EU-Kommission überprüft derzeit weitere Optionen und berät mit der Industrie und Umweltverbänden darüber. Die Konsultation dauert bis 7. August. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 12.06.06

Konsultation:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=CO2andcars>

### Öffentliche Konsultation zu Gefahrguttransporten bis 31.7.

► Die EU-Kommission hat eine Internet-Konsultation zur künftigen Gesetzgebung für Gefahrguttransporte gestartet. Zurzeit gelten in der EU die internationalen Gefahrguttransportvorschriften für Straße (ADR) und Schiene (RID), die von den Vereinten Nationen (UN) entwickelt und alle zwei Jahre novelliert wurden. Dafür wurden separate EU-Richtlinien erlassen. Einzelne Bestimmungen kommen sowohl im EU-Recht als auch in internationalen Übereinkommen vor. Bei der Internet-Konsultation geht es u. a. darum solche Doppelungen zu beseitigen. Außerdem sollten die verschiedenen EU-Richtlinien zu einer einheitlichen Gesetzgebung gebündelt werden. Ein weiterer Punkt ist die Ausweitung der EU-Gesetzgebung auf die Binnenwasserstraßen. Die Konsultation läuft noch bis 31. Juli. (mbu)

Konsultation:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=dangerousgoods>

### Ohne nachhaltige Produktion ist Biosprit umweltschädlich

Wenn keine Umweltschutzmaßnahmen festgelegt werden, richten Biokraftstoffe mehr ökologischen Schaden an als herkömmliche Kraftstoffe. Darauf haben das Europäische Umweltbüro (EEB), BirdLife International und Transport and Environment (T&E) vor einem Treffen der EU-Energieminister Anfang Juni hingewiesen. Die Umweltverbände forderten von der EU-Kommission, bei der laufenden Revision der Biokraftstoffrichtlinie nachhaltige Schutzmaßnahmen einzuführen. Mit Sprit aus Palmöl oder Zuckerrohr von Plantagen in Entwicklungsländern würden die Emissionen von Treibhausgasen kaum reduziert und der Verlust der Artenvielfalt gehe weiter. Aus Sicht von T&E hat eine verbesserte Energieeffizienz von Fahrzeugen oberste Priorität. Sollten Biokraftstoffe zur Lösung der Energiefrage beitragen, müsse die EU garantieren, dass in Europa kein Biosprit verkauft wird, der durch das Abholzen von Regenwald und den Anbau in geschützten Gebieten hergestellt wurde. (mbu)

● Transport and Environment (T&E), Aat Peterse, Tel. 0032 2 / 502 9909, eMail: [aat.peterse@transportenvironment.org](mailto:aat.peterse@transportenvironment.org), [www.transportenvironment.org](http://www.transportenvironment.org)

### Neue Regierung in Italien stoppt Pläne für Brückenbau nach Sizilien

Die Grünen im Europaparlament haben die neue italienische Mitte-Links-Regierung für ihre Absage an den Brückenbau über die Meerenge von Messina gelobt. Das Kabinett Prodi zeige Vernunft, sagte der verkehrspolitische Sprecher Michael Cramer. Im November 2005 hätten sich die EU-Grünen bereits erfolgreich im Parlament dafür stark gemacht, die Möglichkeiten der Ko-Finanzierung des Projekts durch die EU einzuschränken. Der Stopp des Sechs-Milliarden-Projekts sei ein erster notwendiger Schritt bei der Rückkehr zur Vernunft in der europäischen Verkehrspolitik, betonte Cramer. Nationale Egoisten seien ein Hindernis beim sinnvollen Einsatz der knappen EU-Fördermittel für die 30 Projekte der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T). Diese sollen nach dem Willen der EU-Kommission vor allem die großen europäischen Eisenbahnmagistralen revitalisieren. (mbu)

● Michael Cramer, MdEP, Tel. 0032 2 / 28 45779, [www.michael-cramer.de](http://www.michael-cramer.de)

■

## Grünbuch Meerespolitik enttäuscht Verbände

### EU-Kommission: Nicht abgestimmtes Vorgehen soll ein Ende haben

Am 7. Juni hat die EU-Kommission ihr lang erwartetes "Grünbuch Meerespolitik"<sup>1</sup> ● vorgelegt. Auf rund 50 Seiten soll die „ganzheitliche“ und „sektorübergreifende“ Integration der „drei Prioritäten Wirtschaftswachstum, sozialer Wohlstand und Umweltschutz“ in einem neuen politischen Ansatz verwirklicht werden. Es geht um nichts weniger als um die Schaffung einer „dynamischen, nachhaltigen Meereswirtschaft für das 21. Jahrhundert und spätere Jahre“. Das Grünbuch soll zur Regelung der Bereiche Schiffsverkehr, Industrieentwicklung, Handel, Tourismus, Energie, Fischerei und Meeresforschung beitragen.

Zahlreiche Konflikte müssen dabei gelöst werden. Europa mit seinen 700 km Küsten ist ein „maritimer Kontinent“, die Hälfte aller EU-Bürger/innen wohnen an der Küste. Über 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden in Küstenregionen erwirtschaftet, 90 % des Außen- und 40 % des EU-Binnenhandels sind vom Meer als Transportweg abhängig. Neben dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Meer sind die „Lebensqualität“ der Küstenbewohner/innen und die Umwelt zu beachten. Ausdrücklich in Frage gestellt wird das bisherige nicht-kohärente, widersprüchliche Vorgehen: „Kann Europa es sich leisten, seine Meere und Ozeane sektorspezifisch und mit Hilfe unkoordinierter Einzelmaßnahmen zu verwalten?“, schreibt die Kommission.

### Konsultationsprozess bis Juni 2007

► An dem Grünbuch wirkten sieben EU-Kommissar/innen<sup>2</sup> unter Führung des Fischereikommissars Joe Borg, eine so genannte Task Force von Vertreter/innen der verschiedenen Generaldirektionen sowie mehrere in einer ersten Runde einbezogene EU- und Nicht-EU-Länder mit. Nun soll sich eine 13-monatige Konsultationsphase anschließen, die bis Ende Juni 2007 gehen soll und an der sich „Mitgliedstaaten, Regionen, Industrie, Nicht-

regierungsorganisationen und die Öffentlichkeit“ beteiligen können. ●

Im Mai soll nach Entscheidung der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung eine große EU-Abschlusskonferenz zum Grünbuch in Bremen stattfinden. Deutschland hat im 1. Halbjahr 2007 die EU-Präsidentschaft inne.

### Meeresumweltschutz kommt zu kurz

Es geht der EU um Wachstum und Beschäftigung, um harte Auseinandersetzungen im Rahmen der Globalisierung, zur Not noch um Ressourcenerhaltung - aber nicht vorrangig um Umweltschutz. Letzterer ist „konsistent erwähnt“, davon aber ist noch kein Meeresschutzgebiet eingerichtet, noch kein recycelbares Schiff gebaut, kein giftiger Schutzanstrich verboten. „In erster Linie geht es darum, unsere Ressourcen zu erhalten. Wir sind davon überzeugt, dass die thematische Strategie für die Meeresumwelt, die für die ökologische Dimension des Grünbuches steht, den Weg für einen besseren Schutz der marinen Ökosysteme ebnet wird,“ schreibt die EU-Kommission in ihrem Memo 06/230. ●

Die im letzten Jahr vorgelegte, viel zu schwache thematische Strategie zum Meeresumweltschutz (EUR 12.05/01.06, S. 38) soll bereits die „Umweltsäule“ der Meerespolitik bestreiten. Wie damit eine kohärente Politik erreicht werden soll, wenn Umweltschutz nicht in ein so wichtiges Dokument einbezogen wird und der Einzelentwurf so ungenügend ist, bleibt unklar. Auch der deutsche Sachverständigenrat für Umwelt hat in seinem Kommentar<sup>3</sup> zur thematischen Strategie und der zugehörigen Richtlinie ein „in erheblichem Maße unzulängliches Handlungskonzept“ und einen „viel zu unverbindlichen Richtlinienentwurf“ konstatiert. Viel verbindlicher wird das Grünbuch dagegen, wenn es um neue Technologien geht, deren negative Umweltauswirkungen längst bekannt sind.

### Umweltorganisationen kritisieren schwaches Dokument

In einer ersten Reaktion auf das Grünbuch erklärte der WWF, eine Integration der unterschiedlichen Bereiche nur auf der Basis ökonomischen Wachstums setze den Meeresumweltschutz aufs Spiel und verhindere eine wirklich nachhaltige Entwicklung.

Greenpeace nannte das Grünbuch „schwach“. Folgende Punkte sind für Greenpeace u. a. Anlass für Kritik:

- „Der in der EU beabsichtigte allmähliche Wandel zu einer nachhaltigeren Fischerei“ (S. 8). Einziger Weg, um die Verdrängung der Fischbestände und der marinen Biodiversität zu verhindern, sei eine drastische und dauerhafte Reduzierung der Fischentnahme und das Verbot zerstörerischer Fischereipraktiken wie die Grundnetzschlepperei.
- „Die Nutzung der reichhaltigen biologischen Vielfalt der Meere“ (S. 18) durch „blaue Biotechnologie“. Die EU müsse von der Ressourcenausbeutung zum Schutz der Ressourcen und zu ihrer nachhaltigen Nutzung kommen. Dafür müssten aber EU-weit und international gültige Regeln zum Schutz mariner Biodiversität und zum gerechten Zugang und Vorteilsausgleich entwickelt werden, die über die EU-Vogelschutz- und Habitat-Richtlinien hinausgehen. Zurzeit entwickelten sich Forschungsaktivitäten (z. B. Bioprospecting<sup>4</sup>) jenseits gesetzlicher Rahmenbedingungen.
- „Offshore-Technologien wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -lagerung“ (S. 16). Kohlenstoffabscheidung und -lagerung seien aus ökologischer Sicht nicht akzeptabel und sollten ausgeschlossen werden. Klimaschutzpolitik sollte sich auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien statt auf gefährliche End-of-Pipe-Technologien konzentrieren.

Greenpeace schlägt zur Verbesserung des Grünbuches u. a. vor, 40 Prozent der Meere unter Schutz zu stellen, den Schiffsverkehr, internationale meeresbezogene Aktivitäten sowie die Einhaltung der Regeln zentral zu überwachen. Es sollten Möglichkeiten geschaffen werden, einzelnen Schiffsbetreibern und Nationen, die sich nicht an die Regeln halten, den Zugang zu Häfen zu untersagen. Außerdem dürfe der EU-Markt nur noch glaubhaft zertifizierten Fischprodukten aus lizenzierten Fischereiaktivitäten offen stehen - unter Beachtung der internationalen Handelsregeln für gefährdete Arten (z. B. CITES<sup>5</sup>). Bis dahin wird es wohl noch ein langer Weg sein. ■ ●

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

1 Vollständiger Titel: „Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“.

2 Günter Verheugen (Unternehmen und Industrie), Jacques Barrot (Verkehr), Stavros Dimas (Umwelt), Danuta Hübner (Regionalpolitik), Janez Potočnik (Forschung) und Andris Piebalgs (Energie).

3 [www.umweltrat.de/03stellung/download03/komment/kom\\_nr5.pdf](http://www.umweltrat.de/03stellung/download03/komment/kom_nr5.pdf)

4 Systematische Suche nach genetischen Ressourcen, v. a. von der Pharmaindustrie finanziert.

5 Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora.

### Politiker/innen zum Grünbuch

Helga Trüpel, MdEP (Grüne):

„Dass so viele EU-Kommissare, deren Arbeitsbereich eng mit Industriebelangen verbunden ist, an diesem Grünbuch mitgearbeitet haben, lässt befürchten, dass der Umweltschutz ein weiteres Mal nicht die erste Stellung in der europäischen Meerespolitik einnehmen wird.“

Marie-Luise Dött, Ingbert Liebing, MdB (CDU):

„Die Interessen aller Akteure [müssen] bestmöglich in Einklang gebracht werden. Der Abbau und die Nutzung von Methanhydratgasen könnte zum Beispiel wirtschaftlichen genauso wie ökologisch wertvollen Nutzen mit sich bringen. In den Meerestechnologien liegt noch viel ungenutztes Potential, das es zum Nutzen auch der Meeresökologie in den nächsten Jahren zu erforschen gilt.“

Uwe Beckmeyer, MdB (SPD):

„Die Europäische Union ist weltweit führend in der maritimen Wirtschaft. Dies gilt insbesondere für den Seeverkehr, die Schiffbautechnik, die Offshore-Energien und die maritimen Dienstleistungen. Hier müssen wir ansetzen. Entscheidend ist, die einzelnen Wirtschaftsbereiche zu einem Netzwerk zu entwickeln.“

### • Weitere Informationen

Greenpeace, Saskia Richartz, Meereschutzexpertin  
saskia.richartz@diala.greenpeace.org

WWF-Europabüro, Carol Phua, Fischerei-Expertin, Tel. 0032 2 / 7400928  
eMail: cphua@wwfepo.org

Europäische Kommission, Meerespolitik, "Maritime Policy Green Paper"  
B-1049 Brüssel  
eMail: ec-maritime-green-paper@ec.europa.eu

Grünbuch Meerespolitik (deutsch):  
[http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/com\\_2006\\_0275\\_de\\_part2.pdf](http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/com_2006_0275_de_part2.pdf)

Konsultation:  
[http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/policy\\_en.html](http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/policy_en.html)  
Quellen: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/06/739, MEMO/06/230, SPEECH/06/354)

## Parlament schwächt Grundwasserschutz ab

### Verbände kritisieren fehlende Definitionen und Kontrolle

Mitte Juni hat das Europäische Parlament in zweiter Lesung über die Grundwasser-Richtlinie abgestimmt. Zwar wurden einige der stärksten Abschwächungen des Ministerrats zurückgewiesen, Umweltverbände kritisierten jedoch, das Parlament habe zahlreiche Hintertürchen für Landwirtschaft und Industrie gelassen. So akzeptierte das Parlament den Wunsch des Ministerrats nach einer sehr viel weniger strengen Kontrolle diffuser Verschmutzung - diese muss nur „wenn technisch möglich“ bewältigt werden. Eine Definition dieses Begriffs wird nicht gegeben - damit ist die Bekämpfung umweltschädlicher landwirtschaftlicher Praktiken nach Ansicht der Umweltverbände kaum möglich.

Für die Verbände ebenfalls unbefriedigend geregelt wurde der Eintrag Krebs erregender und anderer gefährlicher Chemikalien, sofern sie für einen bestimmten Zweck zugelassen sind. Sobald ein Pestizid oder ein anderer Stoff EU-weit zugelassen ist, wird dessen Eintrag ins Grundwasser nicht mehr umfassend kontrolliert. Zwar muss für eine Zulassung - etwa für die Verwendung auf bestimmten Böden - der Einfluss auf das Grundwasser berücksichtigt werden, die illegale Verwendung oder Unfälle werden so aber nicht erfasst.

Allerdings wurden auch Verschlechterungen aus Umweltsicht verhindert. Der Ministerrat hatte gefordert, die Regelungen zum Schutz vor dem Eintrag gefährlicher Chemikalien ins Grundwasser sollten den Mitgliedstaaten überlassen werden. Das Parlament forderte nun, entsprechende Vorgaben bindend EU-weit festzuschreiben. Auch ein Grenzwert von 50 µg Nitrat pro Liter wurde beschlossen.

Über die Entscheidung muss allerdings noch der Vermittlungsausschuss befinden. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, Stefan Scheuer, 34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1304, Fax -1099  
eMail: stefan.scheuer@eeb.org  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

## EU-Badegewässerqualität nimmt ab

### Streichung von Stränden sollte Verschmutzung verschleiern

Die Europäische Kommission hat gegen elf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, rechtliche Schritte eingeleitet, weil die Länder seit den 1990er Jahren rund 7.000 Badegebiete aus ihrer amtlichen Badegewässerliste gestrichen haben sollen, um Verschmutzungsprobleme zu kaschieren und die Konformitätswerte künstlich zu verbessern. Die betroffenen Länder erhielten einen ersten Warnbrief, in dem sie aufgefordert wurden, die Badegewässer wieder als solche einzusetzen oder der Kommission eine befriedigende Erklärung für ihre Maßnahmen zu übermitteln.

### Fehlende geographische Angaben

Nach einer 1992 erlassenen Rechtsvorschrift sind genaue geografische Angaben für jedes Badegewässer zu liefern. Für den Bericht 2005 lagen für 2.300 Badegebiete (ca. 11 %), keine derartigen Angaben vor. Dadurch konnten diese Badestrände nicht genau in die Wasserqualitäts-Karten eingetragen werden, die die Kommission 2005 für die einzelnen Mitgliedstaaten erstellt. 2005 erfüllten die meisten Badestrände die Qualitätsnormen. Dies geht aus dem von der EU-Kommission vorgelegten Bericht hervor.

Allerdings nahm von 2004 auf 2005 der Anteil der als sicher eingestuften Badegewässer im Küstenbereich leicht ab (von 97 auf 96 %), bei den Binnengewässern sogar etwas stärker (von 89 auf 86 %). Die Anzahl der Badegewässer, die auch den strengen, aber nicht bindenden Vorgaben der europäischen Richtlinie entsprechen, nahmen bei den Küstengewässern leicht zu (von 88 auf 89 %) und bei den Binnengewässern leicht ab (von 66 auf 63 %). Die schlechte Bewertung kam in erster Linie durch fehlende Wasserqualitätsproben zustande, was als Normenverstoß gilt. 57 Badestrände in Deutschland gelten dem Bericht zufolge als Gewässer, die die obligatorischen Werte nicht erfüllen. (mr) ■

### • Weitere Informationen

[www.ec.europa.eu/water/water-bathing/index\\_en.html](http://www.ec.europa.eu/water/water-bathing/index_en.html)  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/06/470)

## Newsticker

### Atommüll-Zwischenlager gefährdet Frankreichs Grundwasser

Auf gut eine Milliarde Tonnen wird die Menge des Atommülls in Frankreich geschätzt - und die Lagerung ist so unsicher, dass an mindestens zwei Stellen das Grundwasser gefährdet ist. Greenpeace hat Ende Mai dem französischen Senat Berichte vorgelegt, nach denen sowohl in der Nähe des Zwischenlagers in Soulaïnes (in der Champagne) als auch in der Nähe eines Atommülllagers in La Manche an der Kanalküste erhöhte Radioaktivität zu messen war. Die Messwerte in La Manche hätten die in Europa gültigen Grenzwerte um das 170-Fache überschritten, so Greenpeace. (jg)

● Greenpeace, Thomas Breuer, Atomkraft-Experte, Tel. 0171 / 8780820, [www.stop-plutonium.org](http://www.stop-plutonium.org)

### Walfangkommission erteilt Walschutz Absage

Erstmals seit fast 30 Jahren hat die Internationale Walfangkommission (IWC) gegen den Walschutz abgestimmt. 70 IWC-Mitgliedstaaten trafen sich vom 16.-20. Juni zur 58. Jahrestagung auf der Karibikinsel St. Kitts getroffen. Japan stellte einen Antrag auf „Normalisierung“ der IWC: Diese solle sich nicht mehr mit Walschutz oder Beifang befassen. Auch wenn der knappe Entscheid mit nur einer Stimme zugunsten der Walfangstaaten keine konkrete rechtliche Wirkung hat, befürchten Umweltschützer/innen Konsequenzen für kommende Artenschutzkonferenzen und Fischereiabkommen. „Wenn die Stimmung gegen den Walschutz so bleibt, werden die Delegierten in diesen Gremien dem Walschutz nicht mehr höchste Priorität einräumen“, sagte WWF-Experte Volker Holmes. „Dann fürchte ich, dass wir wieder in die Zeiten des Walfangs zurückfallen.“ (jg)

Quelle: [www.wwf.de/naturschutz/arten/iwc](http://www.wwf.de/naturschutz/arten/iwc)

### Umweltverträglichkeitsprüfung für Ostsee-Pipeline gefordert

Der WWF hat in einer Studie und einem zugehörigen fünfseitigen Hintergrundpapier zur Ostseepipeline umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfungen gefordert. Das Joint-Venture „North European Gas Pipeline Project Company“ (NEGPC) - ein Zusammenschluss der russischen Gazprom und der deutschen BASF - will ab 2010 rund 27,5 Milliarden Kubikmeter Gas nach Deutschland und Europa liefern. Baubeginn für den rund 1.200 Kilometer

langen Abschnitt durch die Ostsee soll 2008 sein, der genaue Streckenverlauf ist nur grob bekannt. Die Pipeline soll in Lubmin im Naturschutzgebiet Greifswalder Bodden enden. (jg)

Quelle:

[www.wwf.de/imperia/md/content/pdf/meereundksten/17.pdf](http://www.wwf.de/imperia/md/content/pdf/meereundksten/17.pdf) (163 kB)

### Greenpeace-Studie zum Mittelmeer: „Exzessive Überfischung“

Mindestens 40 Prozent des Mittelmeers müssen unter Schutz gestellt werden, um die Gefährdung der marinen Ökosysteme zu verhindern. Das ist das Ergebnis einer Greenpeace-Studie, die Mitte Juni veröffentlicht wurde. Die Studie "Marine Reserves for the Mediterranean Sea" enthält auch Vorschläge für ein Netzwerk von Meeresschutzgebieten, das bis 2012 eingerichtet werden soll. Im Mittelmeer gebe es die „weltweit größten Exzesse von Überfischung und illegaler Fischerei“, so Greenpeace. So sei der Tunfischbestand bereits um rund 80 Prozent reduziert. Treibnetzfischerei würde trotz Verbots weiter betrieben, die Verschmutzung des Mittelmeers durch Tourismus und Handel schritten ungebremsst voran. (jg)

Studie (engl.):

[www.oceans.greenpeace.org/med-marine-reserves-report](http://www.oceans.greenpeace.org/med-marine-reserves-report)

### Verbände protestieren gegen Großstaudamm-Politik

Anlässlich eines Treffens zwischen dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel haben die Nichtregierungsorganisationen WEED und International Rivers Network (IRN) auf die Gefahren einer möglichen deutschen Unterstützung für einen umstrittenen Großstaudamm in der Türkei aufmerksam gemacht. Die Bundesregierung wäge zurzeit ab, ob sie den umstrittenen Ilisu-Staudamm in der Südosttürkei mit Exportgarantien unterstützen will. Der Ilisu-Staudamm soll den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak aufstauen. Mindestens 55.000 Menschen wären direkt betroffen, Trinkwasserverunreinigungen, Zerstörung von Ökosystemen und Eutrophierung sind WEED und IRN zufolge zu erwarten. Die Organisationen wiesen darauf hin, dass der Umsiedlungsplan und die Umweltverträglichkeitsprüfung des Ilisu-Projekts die Standards der Weltbank, der Weltstaudammkommission, der OECD und der EU verletzen. (jg)

Quelle: [www.weed-online.org/ilisu](http://www.weed-online.org/ilisu)



## Veröffentlichungen

### Der Flächenrucksack des EU-Außenhandels mit Agrarprodukten

Das Diskussionspapier des Wuppertal Instituts präsentiert eine Abschätzung des europäischen „Flächenrucksacks“ im Handel mit landwirtschaftlichen Gütern. Mit berücksichtigt sind auch die Erosionswirkungen der Agrarrohstoffe. Die Autoren befassen sich vor allem mit der Flächeninanspruchnahme durch EU-Agrarimporte, differenziert nach Regionen und nach Einkommens- bzw. Verschuldungsklassen. Außerdem gibt es einen Vergleich mit der globalen Flächenbelegung. Es geht um die Frage, ob die europäischen Konsummuster zu einer Flächeninanspruchnahme im Ausland führen und sich über die Importe und Exporte von Agrarrohstoffen und -produkten ein globaler Flächenverbrauch ergibt, der die innereuropäische Flächenverfügbarkeit übersteigt. Dafür wurde der Handel mit 47 Agrarrohstoffen und 102 verarbeiteten Produkten im Zeitraum 1990-2000 ausgewertet. Wichtigstes Ergebnis: Die EU mit ihren damals 15 Mitgliedstaaten erzielte einen deutlichen Importüberschuss im Handel mit Agrargütern, der sich in einem Nettoflächensaldo („Flächenrucksack“) von 25 bis 33 Mio. ha pro Jahr niederschlug. Der EU-Flächenverbrauch für landwirtschaftliche Zwecke erhöhte sich dadurch um durchschnittlich 0,07 ha pro Kopf und war damit rund 20 Prozent höher als die in der EU-15 zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Flächen (0,37 ha). (mbu)

„Der Flächenrucksack des europäischen Außenhandels mit Agrarprodukten“, Wuppertal Paper, 2005; Download (1,1 MB): [www.wupperinst.org/globalisierung/pdf\\_global/flaechenrucksack.pdf](http://www.wupperinst.org/globalisierung/pdf_global/flaechenrucksack.pdf)

### VCD Fakten zur Minderung der Umweltfolgen des Flugverkehrs

Die Broschüre des Verkehrsclubs VCD befasst sich mit den Folgen des Flugverkehrs für Mensch und Umwelt. Neben dem Thema Fluglärm geht es vor allem um die Klimaschäden und die Folgen der Subventionierung. Von 1989 bis 2002 ist der Flugverkehr um fast 70 Prozent gewachsen. Für die Zukunft rechnet die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation ICAO mit einer Zunahme des Passagieraufkommens von über 4 Prozent pro Jahr. Der VCD fordert, die ökologischen Folgekosten in den Ticketpreis einzurechnen, z. B. über eine europaweite streckenbezogene Emis-

sionsabgabe und eine europaweite Kerosinsteuer. Außerdem sollte die Mehrwertsteuerbefreiung im europäischen Flugverkehr aufgehoben und ein europaweites Nachtflugverbot eingeführt werden. (mbu)

VCD (Hrsg.): „Reduzierung der Umweltfolgen des Flugverkehrs“, 2006; Download (PDF, 48 S., 2,1 MB): [www.vcd.org](http://www.vcd.org) („Themen“ - „Flugverkehr“)

### Lobby Planet Brüssel: Licht in den EU-Lobbydschungel

Die Initiative LobbyControl hat einen lobbykritischen Stadtführer für Brüssel veröffentlicht. „Lobby Planet Brüssel“ führt in kurzer und lockerer Form durch die verborgene Welt des EU-Lobbyismus. An 17 Stationen werden Lobby-Brennpunkte und wichtige Kampagnen der letzten Jahre vorgestellt: die massive Kampagne der Chemieindustrie gegen die REACH-Verordnung, die Netzwerke rechter Denkfabriken und ihre Verbindungen zur Industrie oder die Neuauflage der irreführenden „Campaign for Creativity“, die mit Unterstützung von Microsoft und SAP für Softwarepatente warb. Den vom Corporate Europe Observatory erarbeiteten Stadtführer hat LobbyControl übersetzt, aktualisiert und um deutsche Bezüge erweitert. Neu ist z. B. ein Blick auf die von Schröder und Chirac initiierte Denkfabrik Bruegel, die von Großunternehmen mitfinanziert und gelenkt. „Lobby Planet“ zeigt den massiven Einfluss der Wirtschaft und die Intransparenz des Lobbyismus in Brüssel. Das Schlusskapitel beschreibt die aktuelle Lobbyismus-Debatte in Brüssel und bringt Handlungsvorschläge für mehr Transparenz und Demokratie. (jg)

„Lobby Planet Brüssel“, 32 S., 2,50 Euro; Hrsg./Bezug: LobbyControl, Wilhelm-Mauser-Str. 45, 50827 Köln, Tel./Fax 0221/1696507, Internet-Bestellung: [www.lobbycontrol.de/blog/index.php/lobby-planet-bruessel/bestellen](http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/lobby-planet-bruessel/bestellen)

### Liberalisierung des Agrarhandels: Erfahrungen aus 10 Jahren WTO

Das Credo der westlichen Außenhandelspolitik in der Welthandelsorganisation WTO - „Freihandel für alle schafft Wachstum, Wachstum schafft Wohlstand für alle“ - wird in der Broschüre auf den Prüfstand gestellt. Die von APRODEV und dem Forum Umwelt und Entwicklung herausgegebene Publikation befasst sich mit den bereits sichtbaren Auswirkungen dieser Politik seit Gründung der WTO 1995. In dieser

Zeit habe sich die Lage der vom Agrarsektor abhängigen Länder verschärft. Die Freihandelsbestimmungen kämen zwar auch oft den Entwicklungsländern zugute, dort jedoch meist nur den riesigen Agrarunternehmen und nicht den Kleinbauern. Die Broschüre nennt Beispiele für Güter, bei denen die WTO-Maßnahmen genau den entgegengesetzten Effekt zu dem zuvor versprochenen hatten: die Volkswirtschaft der Entwicklungsländer wurde geschwächt, während die Importe aus den Industrieländern stetig zunahm. (jg)

„Liberalisierung des Agrarhandels - Erfahrungen mit den ersten 10 Jahren in der WTO“, 76 S., 2006; Bezug/Hrsg.: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel. 0228-359704, Fax -92399356, eMail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de), [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

### Die EU-Zuckermarktreform und ihre Konsequenzen

In der EU werden Produktion und Handel mit Zucker durch die seit 1968 bestehende Zuckermarktordnung (ZMO) geregelt. Wegen deren Auslaufen im Juni 2006 war eine Entscheidung über die Fortführung oder eine neue Verordnung unausweichlich. Weiterer Reformbedarf entstand durch das im Mai 2005 gefällte Schiedsurteil der Welthandelsorganisation WTO, wonach die europäische Subventionspolitik für Zucker gegen WTO-Regeln verstößt. Im November 2005 fasste der EU Agrarministerrat auf der Basis vorheriger Entwürfe und einem über Jahre andauernden intensiven Diskussionsprozess einen Beschluss zur Zuckermarktreform. Das EU-Parlament gab seine Stellungnahme im Januar 2006 ab, die Verabschiedung erfolgte am 20. Februar. Die neue ZMO tritt im Juli 2006 in Kraft und gilt bis 2015. Die vorliegende Studie stellt die wesentlichen Aspekte der neuen Zuckermarktordnung dar und zeigt detailliert ihre Konsequenzen aus entwicklungs-, umwelt- und agrarpolitischer Sicht. Wichtige behandelte Fragen sind: Was wird die Reform kosten und wer bezahlt? Ist Bioethanol ein Ausweg? Welche Auswirkungen hat die Reform auf die Entwicklungsländer, welche in Europa? Leistet Zucker einen Beitrag für nachhaltige Entwicklung im Süden?

„Die Zuckermarktreform der EU und ihre Konsequenzen“, Hrsg./Bezug: Forum Umwelt und Entwicklung, s.o.

**Wasser-Privatisierung: Kritik aus entwicklungspolitischer Sicht**

Eine aktuelle Bestandsaufnahme und Kritik der modernisierten Privatisierungsstrategie der deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor haben das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) und die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21) vorgelegt. Trotz vieler Rückschläge und teilweisem Rückzug einzelner Wasserkonzerne aus Entwicklungsländern sowie mangelhafter Wirkung gegen Armut halten die bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe unbeirrt an ihren Privatisierungszielen fest. Immer deutlicher kristallisiert sich eine lediglich modifizierte Strategie schleichender, schrittweiser Privatisierung heraus, befindet Autor Thomas Fritz. Es sei zu befürchten, dass diese Strategie in das geplante neue Wasserkonzept des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) Eingang finde. Die Publikation stellt die wichtigsten Privatisierungstrends auf multilateraler Ebene dar und schildert die ernüchternden Erfahrungen mit den deutschen Public-Private-Partnerships im Wassersektor. Das Beispiel Boliviens liefert Einblicke in die undemokratische Privatisierungspraxis der deutschen Entwicklungsagenturen GTZ und KfW. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass sich entgegen aller offiziellen Mythen die Wasserprivatisierung als überaus ineffizient erweist: Während die erhofften Neulieferungen äußerst gering ausfallen, werden öffentliche Kassen und Gebührenzahler zunehmend geschöpft. (jg)

Thomas Fritz: „Schleichende Privatisierung: Kritik der deutschen und internationalen Entwicklungshilfe im Wassersektor“, 78 S., Berlin 2006; Download (550 kB): [www.fdcl-berlin.de/?id=678](http://www.fdcl-berlin.de/?id=678)

**Fragen zur Europäischen Union?**

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache:

Tel. 00800 / 67891011

<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

**Sonderhefte zum EU-Rundschreiben**

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB): [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

<b>Titel/Thema</b>	<b>Ausgabe</b>
EU-Erweiterung und Umwelt-NGOs in Bulgarien, Rumänien, Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr „Grüne“ Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese Termine im Internet:  
www.dnr.de/termine  
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:  
www.dnr.de/terminlinks  
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

13.-17.7., Wollongong/Sydney, Australien  
**GIS und Computerkartographie für Küstenzonen**  
Internationales Symposium; Universität Wollongong  
Tel. 0061 24221 / 3555  
rfurness@ozemail.com.au  
www.coastgis.org

4.-20.8., Zajevo, Slowakei  
**Ecotopia 2006**  
Aktionscamp, Workshops; European Youth for Forest Action (EYFA), Amsterdam  
Tel. 0031 20 / 6657743  
ecotopia@eyfa.org  
www.ecotopia2006.org

13.-19.8., Hamburg  
**24. Internationaler Ornithologen-Kongress (IOS)**  
Vogelwarte Helgoland, Wilhelmshaven  
Tel. 04421 / 9689-0, Fax -55  
eMail: ifv@ifv.terramare.de  
www.i-o-c.org

20.-26.8., Wien  
**ISME 11: Mikrobielle Ökologie**  
Symposium; Int. Gesellschaft für mikrobielle Ökologie (ISME), Kongressbüro  
Tel. 04122-9080488, Fax -7322850  
isme@kenes.com  
www.kenes.com/isme

4.-6.9., Bologna, Italien  
**Gewässerverschmutzung: Modellierung, Kontrolle, Management**  
Konferenz; Wessex Institute of Technology, Charlotte Bartlett  
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853  
cbartlett@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/water06

6.-8.9., Bologna, Italien  
**Nachhaltiger Tourismus 2006**  
Konferenz; Wessex Institute of Technology, Rachel Green  
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853  
rgreen@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/tourism06

11.-14.9., Karlovy Vary  
**HydroEco 2006 - Grundwasser und Ökologie**  
Kongress; ITC, Frau Radka Budská, Prag  
Tel. 004220 222580079  
hydroeco2006@itctravel.cz  
http://web.natur.cuni.cz/hydroeco2006

12.-14.9., Brüssel  
**Europäische Erneuerbare-Energien-Politik**  
Konferenz; Europäischer Rat für Erneuerbare Energien (EREC)  
Tel. 0032 / 254619-33, Fax -34  
conference@erec-renewables.org  
www.erec-renewables.org

18.-20.9., Gdansk, Polen  
**Innovationen und Initiativen an der Küste**  
Konferenz; Technische Universität Gdansk  
Tel. 0048 58 / 34-72455, Fax -86024  
littoral@zie.pg.gda.pl  
www.littoral2006.gda.pl

19.-21.9., Paris  
**Biodiversität in der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit**  
IUCN - The World Conservation Union  
Tel. 0032 2 / 732-8299, Fax -9499  
conf2006@iucn.org  
www.iucn.org/places/europe/rofe/rofe\_at\_work/conference2006.htm

20.-22.9., Barcelona  
**EcoProcura 2006: Praktische Lösungen für nachhaltige Beschaffung**  
Konferenz; ICLEI, Freiburg/Br.  
Tel. 0761 / 36892-20, Fax -29  
ecoprocura2006@iclei-europe.org  
www.iclei.org/itc/ecoprocura2006

20.-24.9., Bogotá, Kolumbien  
**Zu autofreien Städten VI**  
Konferenz; Fundacion Ciudad Humana  
Tel. 00420 / 274810849  
carfree@ciudadhumana.org  
www.worldcarfree.net/conference

15.-20.10., Venedig, Italien  
**Veränderungen in Mündungen und Lagunen messen und managen**  
Internationale Konferenz; Universität Venedig  
Tel. 0039 41-2347739, Fax -5281494  
ecsa2006@unive.it  
http://venus.unive.it/ecsa2006

18./19.10., Berlin  
**Energieeffizienz und Biodiversität**  
Int. Konferenz; DNR, EU-Koordination  
Tel. 030 / 443391-85, Fax -80  
bjela.vossen@dnr.de  
www.eu-koordination.de

22.-24.10., Ottawa, Kanada  
**7. Welt-Ökosteuer-Konferenz**  
Universität Ottawa  
Tel. 0613 / 5625700  
envconf@uottawa.ca  
www.environmental-tax-conference.uottawa.ca

25.-27.10., Freiburg/Br.  
**ForestXchange - Neue Ansätze im Wissensmanagement**  
FVA - Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg  
Tel. 0761 / 4018-190, Fax -333  
registration@forestxchange.org  
www.forestxchange.org  
(ez) ■

## EU-Sitzungstermine

**Finnische Ratspräsidentschaft  
2. Halbjahr 2006 (1.7.-31.12.)**

### Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

#### Juli

11.-14.      Wirtschaft/Finanzen  
17./18.      Landwirtschaft/Fischerei  
17./18.      Außenminister  
24.          Inneres/Justiz

#### September

18./19.      Landwirtschaft/Fischerei  
25./26.      Außenminister  
25./26.      Wettbewerb

#### Oktober

5./6.\*      Inneres/Justiz  
10.\*        Wirtschaft/Finanzen  
16./17.\*    Außenminister  
23./24.\*    Umwelt  
30./31.\*    Landwirtschaft/Fischerei

#### November

7.            Wirtschaft/Finanzen  
13./14.      Außenminister  
13./14.      Erziehung/Jugend/Kultur  
20./21.      Landwirtschaft/Fischerei  
21.          Wirtschaft/Finanzen  
23.          Verkehr/Telekommunikation/Energie  
27./28.      Gesundheit  
              Beschäftigung/Soziales  
28.          Wirtschaft/Finanzen

#### Dezember

4./5.        Verkehr/Telekommunikation/Energie  
11./12.      Außenminister  
11./12.      Wettbewerb  
18.          Umwelt  
19.-21.      Landwirtschaft/Fischerei

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

3.-6.7.,  
4.-7.9., 25.-28.9.,  
11./12.10.\*, 23.-26.10.,  
13.-16.11., 29./30.11.\*,  
11.-14.12.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)  
(mr, mb) ■

#### DNR-Service

#### Hintergrundinformationen zu den Tagesordnungen der EU-Ministerräte

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings möchte Sie auf einen neuen Service aufmerksam machen.

Mit kurzen Hintergrundinformationen wollen wir Sie über umweltrelevante Themen auf den Tagesordnungen der verschiedenen EU-Ministerratsitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates informieren.

Wenn Sie Interesse haben diese digitalen Hintergrundinformationen zu erhalten, wenden Sie sich bitte an

Christina Drees  
Tel. 030 / 443391-38  
eMail: christina.drees@dnr.de

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

#### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):  
[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Finnische Ratspräsidentschaft:  
[www.eu2006.fi](http://www.eu2006.fi)  
Kalender:  
[www.eu2006.fi/calendar/en\\_GB/calendar](http://www.eu2006.fi/calendar/en_GB/calendar)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:  
DNR, EU-Koordination, Christina Drees,  
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-38  
eMail: christina.drees@dnr.de  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE)

## Umweltausschuss-Sitzungen

**Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments 2006**

#### Juli

12.7. 15-18.30 Uhr  
13.7. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

#### September

13.9. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
14.9. 9-12.30 Uhr

#### Oktober

3.10. 15-18.30 Uhr  
4.10. 9-12.30 Uhr, 15-18.30 Uhr  
10.10. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

#### November

20.11. 15-18.30 Uhr  
21.11. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
27.11. 15-18.30 Uhr  
28.11. 9-12.30 Uhr

#### Dezember

20.12. 15-18.30 Uhr\*  
21.12. 9-12.30 Uhr\*

\* vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.  
(mb) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle:  
[www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2006.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2006.pdf)

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben im Internet

Im Internet finden sich unter der Adresse [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Terminen und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Nach Umwelt-Themen geordnete Informationen aus dem EUR und anderen Quellen: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahrganges und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer.

Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahre 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet: [http://eur-lex.europa.eu/RECH\\_naturel.do?lexlang=de](http://eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do?lexlang=de)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln  
Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278  
eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

### Weitere Informationsquellen

Die wichtigsten Adressen sind unter jedem Beitrag angegeben. Darüber hinaus kann es sich lohnen, direkt bei der EU-Kommission, bei der Europäischen Umweltagentur (EEA), bei Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder bei verschiedenen Informationsdiensten und Redaktionen nachzuerforschen (siehe nebenstehende Spalte sowie die vorhergehenden „Service“-Seiten).

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadresse aller EU-Institutionen

[www.europa.eu](http://www.europa.eu) (vieles auch deutsch)  
EU-ABC:  
[www.europa.eu/abc/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/abc/index_de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html](http://www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222  
[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:  
Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933  
[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### (Minister-)Rat der EU/Europäischer Rat

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381  
(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.]. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):  
Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen  
Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199  
[www.eea.europa.eu](http://www.eea.europa.eu)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch Maastrichter Vertrag (1992/93) begründet, durch Amsterdamer Vertrag (1996/97) und Vertrag von Nizza (2001) weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen („3. Säule“).

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

### Gesetzgebungsverfahren

1. EU-Kommission: Vorschlag
2. Europäisches Parlament:  
In Umweltfragen meist Mitentscheidung, sonst Anhörung
3. Ministerrat: Mitentscheidung oder alleinige Entscheidung (meist mit qualifizierter Mehrheit, z. T. noch Einstimmigkeit)

Die wichtigsten Teile des EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind veröffentlicht im Internet: [www.europa.eu/eur-lex/de](http://www.europa.eu/eur-lex/de) (mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen: [www.europa.eu/scadplus](http://www.europa.eu/scadplus)

## Wie Gesetze in der EU entstehen

### Rechtsgrundlage

Jedes Gesetz braucht eine so genannte Rechtsgrundlage. Diese ermächtigt den Gesetzgeber dazu, ein Gesetz zu erlassen, und legt zudem meist das Verfahren fest. Im Europäischen Recht bildet der Artikel 175 des EG-Vertrages diese Rechtsgrundlage. Er ermächtigt dazu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Richtlinien<sup>1</sup> und Verordnungen<sup>2</sup> zu erlassen. Gleichzeitig bestimmt er, nach welchem Verfahren zu entscheiden ist. Hierbei gibt es das Anhörungs- und das Mitentscheidungsverfahren.

### Anhörungsverfahren

Beim Anhörungsverfahren hat das Europäische Parlament nur wenig Einfluss: Die Europäische Kommission legt ihren Gesetzesentwurf dem Ministerrat<sup>3</sup> vor. Zwar fordert der Rat das Europäische Parlament auf, eine Stellungnahme abzugeben. Er entscheidet jedoch frei - also ohne an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Allerdings ist im Anhörungsverfahren bei vielen Themen ein einstimmiges Votum des Ministerrates erforderlich.

Im Umweltbereich findet das Anhörungsverfahren eher selten und vor allem in folgenden Fällen Anwendung: Umweltvorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, der Bodennutzung und der Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie solche Maßnahmen, die die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung betreffen.

### Mitentscheidungsverfahren

Beim Mitentscheidungsverfahren hat dagegen das Europäische Parlament großen Einfluss, denn es entscheidet in der Tat mit. Im Umweltbereich ist es das häufigste und deshalb das wichtigste Verfahren. Es läuft folgendermaßen ab (siehe auch Diagramm auf der folgenden Seite):

1 Richtlinie: Rahmengesetz; muss durch nationale Gesetze in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

2 Verordnung: Unmittelbar wirksamer Rechtsakt, gilt sofort in allen EU-Mitgliedstaaten.

3 (Minister-)Rat: Besteht bei Umweltangelegenheiten in der Regel aus den Umweltminister/innen der EU-Mitgliedstaaten.

◆ Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat und dem Parlament einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

◆ Das Europäische Parlament berät in erster Lesung über diesen Vorschlag und übermittelt seine Stellungnahme dem Ministerrat.

◆ Der Ministerrat entscheidet dann mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet: Jeder Mitgliedstaat hat je nach Größe eine bestimmte Stimmenzahl. Für eine qualifizierte Mehrheit sind nach dem EG-Vertrag zur Zeit 62 von 87 Stimmen (ca. 71 %) erforderlich.

Stimmt der Ministerrat mit dem Votum des Parlaments zu hundert Prozent überein, dann erlässt er den Rechtsakt in Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. In diesem Fall ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

In der Regel kommt der Ministerrat jedoch zu einem Ergebnis, das mehr oder weniger von der Stellungnahme des Parlaments abweicht. Er legt dann einen so genannten Gemeinsamen Standpunkt fest. Als Grundlage dienen dabei der Kommissionsvorschlag, die Stellungnahme des Parlaments sowie die eigene Überzeugung des Ministerrates.

◆ Das Europäische Parlament behandelt diesen Gemeinsamen Standpunkt in einer zweiten Lesung. Dabei gibt es drei Möglichkeiten:

1. Es lehnt den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats ab. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Das Parlament stimmt dem Gemeinsamen Standpunkt zu. Dann entscheidet der Ministerrat ebenfalls erneut in einer zweiten Lesung. In diesem Fall kann der Rat den Rechtsakt im Einklang mit dem Parlament erlassen. Das Verfahren ist somit positiv beendet.

3. Das Parlament ändert den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats. In diesem Fall hat der Rat zwei Möglichkeiten:

- Er akzeptiert die Änderungen des Parlaments, verabschiedet den geänderten Text als Gesetz und beendet somit das Verfahren.

- Er überweist den geänderten Text an den Vermittlungsausschuss.

◆ Im Vermittlungsausschuss gibt es wiederum zwei Möglichkeiten:

1. Das Vermittlungsverfahren kommt zu keinem Ergebnis. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Der Vermittlungsausschuss legt einen Gemeinsamen Entwurf des Parlaments und des Rates vor. Stimmen das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dem Gemeinsamen Entwurf zu, dann ist der Rechtsakt angenommen. Lehnt jedoch eines der beiden Organe den Entwurf ab, so ist er endgültig gescheitert. ■

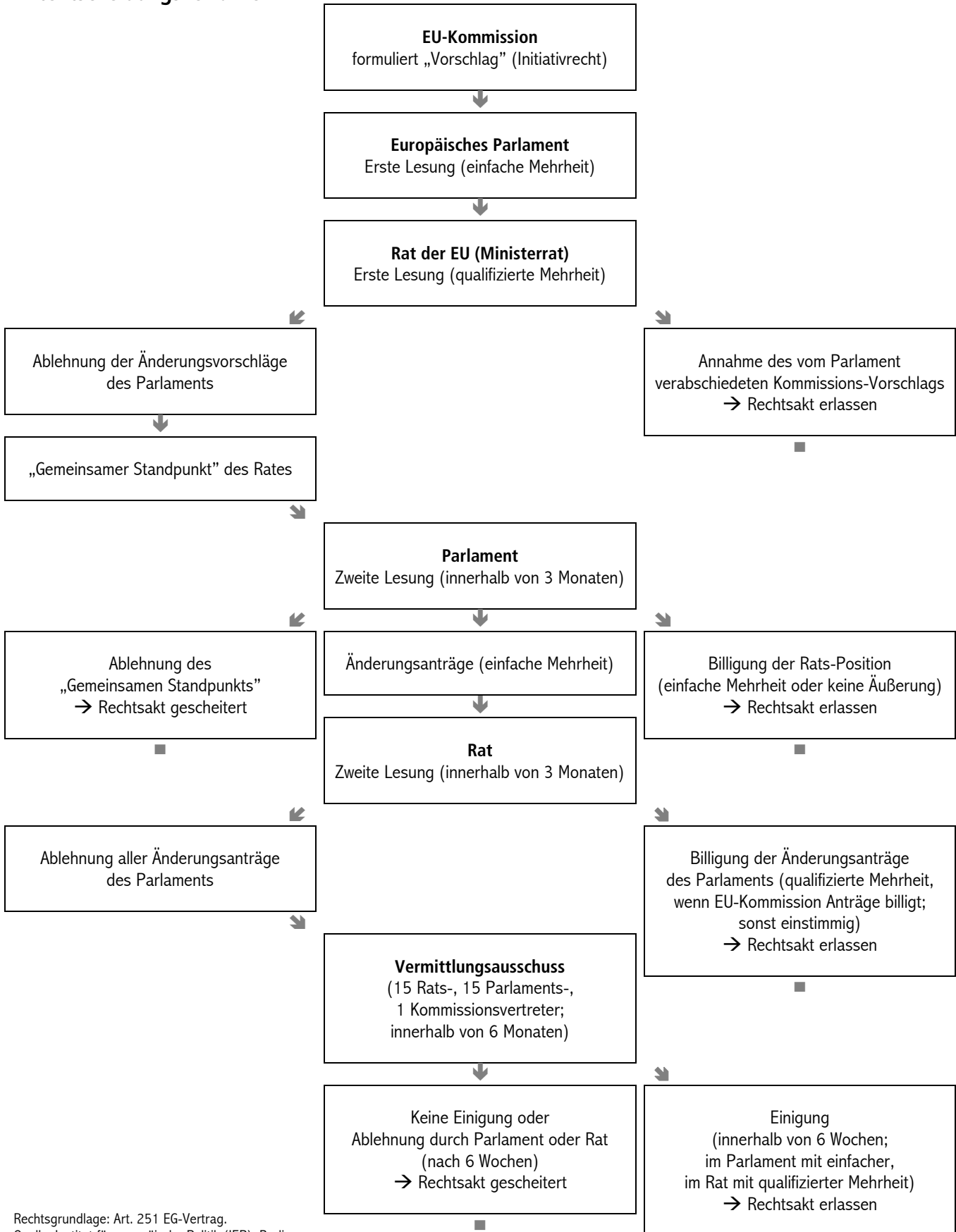
Quellen: Brüsseler 1×1, EU-Umwelthandbuch<sup>4</sup>

### • Weitere Informationen

„Brüsseler 1×1 - Wie funktioniert die EU?“, Berlin 2005, 88 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: DNR EU-Koordination, Berlin, Tel. 030 / 443391-81, Fax -80, eMail: eu-info@dnr.de, PDF-Download (430 kB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Bruesseler1x1.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Bruesseler1x1.pdf)

4 Hiltrud Breyer: „Keine Angst vor Brüssel - EU-Umwelthandbuch, Brüssel 2003, 100 S., kostenlos; PDF-Download (1,7 MB): [www.hiltrud-breyer.de/downloads/Umwelthandbuch\\_digital.pdf](http://www.hiltrud-breyer.de/downloads/Umwelthandbuch_digital.pdf)

Wie Gesetze in der EU entstehen  
**Mitentscheidungsverfahren**



Rechtsgrundlage: Art. 251 EG-Vertrag.  
 Quelle: Institut für europäische Politik (IEP), Berlin.  
 Siehe auch vorhergehende Seite.

## Europäisches Umweltbüro - Vorstandsmitglieder

### Ihre Ansprechpartner 2006

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von rund 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede Ratspräsidentschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittsstaaten vertreten.

#### Belgien

Catherine Wattiez  
Inter Environnement Bruxelles (IEB)  
eMail: catherine.wattiez@skynet.be

#### Bulgarien

Petko Kovatchev  
Centre for Environmental Information and Education (CEIE)  
eMail: petko@ceie.org

#### Dänemark

Michael Minter  
Danish Society for Nature Conservation (DN)  
eMail: mm@dn.dk

#### Estland

Juhan Telgmaa  
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)  
eMail: nature@hot.ee

#### Finnland

Eero Yrjö-Koskinen  
Finnish Association for Nature Conservation  
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

#### Frankreich

Georges Cingal  
(EEB-Vizepräsident)  
Sepanso FNE  
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

#### Deutschland

Markus Steigenberger  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
eMail: markus.steigenberger@dnr.de

#### Griechenland

Kostas Vassilakis  
Elliniki Etairia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage  
eMail: kostasvassilakis2004@yahoo.gr

#### Großbritannien

Guy Thompson  
Green Alliance  
eMail: gthompson@green-alliance.org.uk

#### Irland

Frank Corcoran  
(EEB-Vizepräsident)  
An Taisce - National Trust of Ireland  
eMail: frank.corcoran@dit.ie

#### Italien

Mauro Albrizio  
(EEB-Vizepräsident)  
Legambiente  
eMail: legambiente@skynet.be

#### Lettland

Janis Ulme  
VAK - Environmental Protection Club  
eMail: janis.ulme@vak.lv

#### Luxemburg

Théodore Mannon  
NATURA  
eMail: t.mannon@internet.lu

#### Niederlande

Arjan Berkhuysen  
Stichting Natuur en Milieu (SNM)  
eMail: a.berkhuysen@natuurenmilieu.nl

#### Norwegen

Frederic Hauge  
Bellona  
eMail: frederic@bellona.no

#### Österreich

Birgit Reiner  
Umweltdachverband  
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

#### Polen

Aleksander Kedra  
ISD - Institute for Sustainable Development  
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

#### Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira  
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)  
eMail: carlosmglteixeirapt@gmail.com

#### Rumänien

Petruta Moisi  
Centrul de Consultanta Ecologica Galati (CCEG)  
eMail: eco@cceg.ro

#### Schweden

Mikael Karlsson  
(EEB-Präsident)  
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)  
eMail: mikael.karlsson@snf.se

#### Slowakei

Vladimir Ira  
STUZ/SR - Society for Sustainable Living  
eMail: geogira@savba.sk

#### Slowenien

Anamarija Slabe  
Institute for Sustainable Development (ITR)  
eMail: anamarija.slabe@itr.si

#### Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez  
Ecologistas en Acción  
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

#### Tschechische Republik

Eva Kruzikova  
Institute for Environmental Policy (IEP)  
eMail: eva.kruzikova@ecn.cz

#### Türkei

Ayse Yesim Erkan  
TEMA  
eMail: yesime@tema.org.tr

#### Ungarn

Erzsébet Schmuck  
(EEB-Vizepräsidentin)  
MTVSZ - National Society of Conservationists  
eMail: schmuck@mtvsz.hu

#### Zypern

Chrystia Lyra  
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)  
eMail: chrystia.lyra@oikologiafeeo.org

#### Schatzmeisterin

Jacqueline Miller  
eMail: jacquelinemiller@tiscali.be

## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch<sup>1</sup>„)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)

- Städtische Umwelt (Thematische Strategie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

Außerdem arbeitet das EEB zu: IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control), Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung, EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft <sup>3</sup> , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuysen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuysen@snm.nl

## Verbindungsstellen der UN in Deutschland

Umweltpolitik findet nicht nur lokal, regional, national und europäisch, sondern zunehmend auch weltweit statt. Zwar wird bisher vergeblich für eine Organisation gestritten, die mindestens genauso viel Einfluss und Entscheidungsmacht hat wie die Welthandelsorganisation WTO, aber auch jetzt gibt es schon zahlreiche Programme und Institutionen, die sich für die globale Umwelt einsetzen. Allein in Bonn arbeiten rund 500 UN-Mitarbeiter/innen für zwölf Organisationen, Programme und Büros der Vereinten Nationen. Hier eine Übersicht über Verbindungsstellen der Vereinten Nationen im Bereich Umweltpolitik und Nachhaltige Entwicklung in Deutschland:

### Allgemein: RUNIC

Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa, Verbindungsbüro in Deutschland, Haus Carstanjen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2773, Fax -2777  
eMail: [info@runic-europe.org](mailto:info@runic-europe.org)  
[www.runic-europe.org](http://www.runic-europe.org)

### Klima: UNFCCC

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen zu Klimaänderungen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-1000, Fax -1999  
eMail: [secretariat@unfccc.int](mailto:secretariat@unfccc.int)  
[www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)

### Wüstenbildung: UNCCD

Sekretariat des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, Martin-Luther-King-Str. 8, 53153 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2000, Fax -2001  
eMail: [secretariat@unccd.int](mailto:secretariat@unccd.int)  
[www.unccd.int](http://www.unccd.int)

### Wandernde Tierarten: CMS

UNEP, Sekretariat des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2401, Fax -2449  
eMail: [secretariat@cms.int](mailto:secretariat@cms.int)  
[www.cms.int](http://www.cms.int)

### Wasservögel: AEWA

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2413, Fax -2450  
eMail: [aewa@unep.de](mailto:aewa@unep.de)  
[www.unep-aewa.org](http://www.unep-aewa.org)

### Kleinwale: ASCOBANS

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der Kleinwale in Nord- und Ostsee, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2416, Fax -2440  
eMail: [ascobans@ascobans.org](mailto:ascobans@ascobans.org)  
[www.ascobans.org](http://www.ascobans.org)

### Fledermäuse: EUROBATS

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2421, Fax -2445  
eMail: [eurobats@eurobats.org](mailto:eurobats@eurobats.org)  
[www.eurobats.org](http://www.eurobats.org)

### Umweltbildung: UIE

UNESCO-Institut für Pädagogik, Feldbrunnenstr. 58, 20148 Hamburg  
Tel. 040-4480410, Fax -4107723  
eMail: [uie@unesco.org](mailto:uie@unesco.org)  
[www.unesco.org/education/uie](http://www.unesco.org/education/uie)

### Berufliche Bildung: UNEVOC

Internationales Zentrum der UNESCO für Berufsbildung, Görresstr. 15, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 24337-0, Fax -77  
eMail: [info@unevoc.unesco.org](mailto:info@unevoc.unesco.org)  
[www.unevoc.unesco.org](http://www.unevoc.unesco.org)

### Freiwillig im (Umwelt-)Einsatz: UNV

Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen, Martin-Luther-King-Str. 8, PF 26 01 11, 53153 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2000, Fax -2001  
eMail: [hq@unv.org](mailto:hq@unv.org)  
[www.unv.org](http://www.unv.org); [www.unites.org](http://www.unites.org)

### Umwelt und Sicherheit: UNU-EHS

Universität der Vereinten Nationen, Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit, Görresstr. 15, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 422855-02, Fax -99  
eMail: [infoehs@ehs.unu.edu](mailto:infoehs@ehs.unu.edu)  
[www.ehs.unu.edu](http://www.ehs.unu.edu)

### Umwelt und Gesundheit: WHO-ECEH

Weltgesundheitsorganisation, Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit, Görresstr. 15, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 2094-0, Fax -201  
eMail: [info@ecehbonn.euro.who.int](mailto:info@ecehbonn.euro.who.int)  
[www.euro.who.int/ecehbonn](http://www.euro.who.int/ecehbonn)

### Katastrophenschutz: ISDR-PPEW

Sekretariat der Vereinten Nationen für die Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge - Plattform zur Förderung von Frühwarnung, Görresstr. 30, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 24988-10, Fax -88  
eMail: [isdr-ppew@un.org](mailto:isdr-ppew@un.org)  
[www.unisdr.org/ppew](http://www.unisdr.org/ppew)

### Ernährung: WFP

Welternährungsprogramm, Verbindungsbüro in Deutschland, Wallstr. 9-13, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 206149-0, Fax -16  
[www.wfp.org](http://www.wfp.org)

### Recht auf See: ITLOS

Internationaler Seegerichtshof, 22609 Hamburg  
Tel. 040 / 35607-0, Fax -245  
eMail: [itlos@itlos.org](mailto:itlos@itlos.org)  
[www.itlos.org](http://www.itlos.org)  
(jg) ■

## • Weitere Informationen

Broschüre (engl./dt.) mit Erläuterungen zu den Aufgaben der einzelnen UN-Sekretariate und Verbindungsstellen (nur Bonn), 28 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: RUNIC (siehe erste Spalte); Internet-Download (540 kB): [www.runiceurope.org/german/deutschland/icons/un-bonn-brochuere.pdf](http://www.runiceurope.org/german/deutschland/icons/un-bonn-brochuere.pdf)

## Verweise auf frühere EU-Rundschreiben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Aktuell informiert per eMail

### [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

Für Rundschreiben-Abonent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik, verschiedenen EU-Ländern und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## EU-Rundschreiben im Internet

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## EU-Koordination des DNR im Internet

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Auf der Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über unsere laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

## Hintergrundinformationen zu EU-Ministerratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir per eMail über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonent/innen und DNR-Mitglieder können bei der Redaktion bestellen.

## Unsere weiteren Publikationen

### Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden Ihnen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet:

[www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)  
[www.dnr.de/drbr](http://www.dnr.de/drbr)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

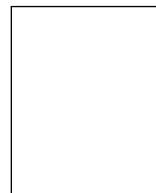
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Kontonummer: Bankleitzahl:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin